

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

215 · September 2008

Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

## *aus dem Inhalt*

VorSatz	771
Essay	
RICHARD SAAGE Faschismustheorien. Ihre Bedeutung für die Forschung und die politische Bildung	773
Utopiedebatte	
GÜNTER WIRTH Über konkrete und evangelische Utopien. Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag	785
Gesellschaft, Analysen & Alternativen	
ULRICH BUSCH Finanzmarktkrise und Finanzmarktkapitalismus	804

# VorSatz

*»Panta rhei« – alles fließt, jede Erscheinung befindet sich in ständiger Veränderung. Diese Erkenntnis des antiken Dialektikers Heraklit hat seit zweieinhalb Jahrtausenden nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Daran können auch jene nichts ändern, die sich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten selbst zu den Siegern der Geschichte ernannt und den von ihnen verhimmelten Kapitalismus als Ende von Geschichte verkündet haben.*

*Alles fließt, alles verändert sich – das gilt auch für den Neoliberalismus und den von ihm gepushten globalisierten Finanzmarktkapitalismus. Die Bezeichnung Neoliberalismus hält nicht, was sie verspricht. Diese gegenwärtig hegemoniale Ideologie ist weder neu – seit die Phönizier das Geld erfunden haben, hat es immer wieder Menschen gegeben, die mit dem Schlachtruf »enriches vous!« die eigene hemmungslose Selbstbereicherung zu legitimieren suchen. Noch ist sie liberal – weil sie nicht libertär ist, sie fügt den bekannten Verdinglichungen eine weitere hinzu, alle Freiheit wird für das Kapital gefordert; auch und gerade um den Preis, menschliche Abhängigkeiten zu verstärken und menschliche Existenzen zu vernichten.*

*Dieser Finanzmarktkapitalismus befindet sich in einer Krise. Diese Krise hatte ihren Ursprung in dem massenhaften Wertverfall überschuldeter Immobilien in den USA. Sie bleibt aber nicht darauf beschränkt, denn – wie schon Marx wusste – ist es dem Kapital (und seinen Eignern) völlig egal, welche Form es hat, es ist »sich selbst verwertender Wert«. Es handelt sich um eine weltweite Krise, auch die deutschen Banken und das deutsche Kapital können sich davon nicht abkoppeln, obwohl dies einige professionelle Gesundheitsbetreuer immer wieder beschwören. Diese Krise des globalisierten Finanzmarktkapitalismus hat offenbar ihr Ende noch längst nicht erreicht. Sie hat auch die Ideologie des Finanzmarktkapitalismus erfasst, eben den Neoliberalismus. Einer seiner Obergurus, der ehemalige Chef der US-Notenbank Alan Greenspan, charakterisiert die gegenwärtige Krise als ein Jahrhundertereignis und sieht noch längst kein Licht im Tunnel, es würden noch viele Banken über die Klinge springen müssen, bis die Wertpapiere wieder als gesichert gelten werden.*

*Die Krise von Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus bedeutet nicht, dass ihr Ende bevorsteht. Sie sind nicht in einem quasi naturwüchsigen Prozess zur beherrschenden Produktions- und Verwertungsweise und zur hegemonialen Denkform geworden, das wurde durch Menschen bewirkt. Auch ihre Überwindung wird nicht als Selbstläufer stattfinden, dazu bedarf es starker gesellschaftlicher Kräfte, deren Her-*

ausbildung und Formierung noch im Gange sind. Wie dominierend sie gegenwärtig noch sind, zeigt sich darin, dass – wie Günter Wirth in seinem Beitrag belegt – ihre Denk- und Legitimationsmuster von führenden Vertretern der evangelischen Kirche übernommen werden.

Die herrschenden sozialökonomischen und ideologischen Verhältnisse sind noch stark genug, sich zu behaupten, ihre Dominanz zu reproduzieren und an ihrer weiteren räumlichen Ausdehnung zu arbeiten. Nicht zuletzt besteht ihre Stärke darin, dass sie in den wichtigsten kapitalistischen Metropolen auch die Regierenden sind. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten hat es in diesen Ländern wesentliche Veränderungen in der Aktionsweise des Staates gegeben. Das traditionelle Bild, der Staat stelle die Rahmenbedingungen für eine ansonsten freie Entfaltung der Wirtschaft, stimmt schon lange nicht mehr. Der Staat ist zum Funktionsträger geworden, der seine Mittel zur Umsetzung neoliberaler Konzepte einsetzt. Das zeigt sich unter anderem in der Rettung von durch Spekulationsverluste ins Strudeln geratene Banken, im unverhältnismäßigen Einsatz staatlicher Machtmittel gegen Kritiker und Demonstranten, wie etwa im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels in Heiligendamm im vergangenen Jahr. Insbesondere im letzten Jahrzehnt haben gleichzeitig eine zunehmende Umverteilung von unten nach oben und eine erhebliche Entstaatlichung stattgefunden. Im Ergebnis gibt es nun auch in den reichsten kapitalistischen Metropolen soviel Armut wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht. Zugleich sind die sozialen Risiken zunehmend privatisiert und ausgeweitet worden.

Aber das ist eben nur die eine Seite der Situation; die Krise verdeutlicht, dass die Vormacht von Finanzkapitalismus und neoliberaler Ideologie nicht mehr ungebrochen ist. Wie soll man es deuten, wenn führende Manager des Kapitals Steuerhinterziehung in Millionenhöhe begehen, wenn als Global Player agierende Konzerne Korruption zu einer quasi offiziellen Unternehmensstrategie machen, wenn »Investoren« ganze Kaufhauskonzerne in die Pleite treiben. Veränderungen gibt es auch in den politischen Strukturen. Die regierenden Parteien verlieren nicht nur Mitglieder, sie verlieren vor allem kontinuierlich Wähler. In Deutschland sind CDU/CSU mittlerweile meilenweit von den 40 Prozent entfernt, die sie bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005 knapp erreichen konnten; die SPD ist dabei, gar unter die Marke von 25 Prozent zu rutschen. Von den Oppositionsparteien ist es vor allem die gesellschaftskritischste Partei, die LINKE, die ihre Positionen ausbauen kann. Im geistig-kulturellen Bereich eröffnen sich neue Möglichkeiten für Gegenhegemonien. Aber – und hier schließt sich der Kreis – das bedeutet für Gegenakteure wie die Linken zugleich eine Anforderung, sich selbst weiter zu entwickeln, um diese Möglichkeiten wahrnehmen zu können.

Das geht auch diese Zeitschrift an, sie versteht sich als Medium des geistig-theoretischen und kulturellen Diskurses im Umfeld linker Politik und politischer Bildung. Wenn diese Funktion auch weiterhin ausgefüllt werden soll, heißt das, dass sich auch diese Zeitschrift weiter entwickeln muss. Deshalb möchte ich alle Autorinnen und Autoren, alle Leserinnen und Leser an dieser Stelle auffordern, in eine Diskussion um die weitere Profilierung von UTOPIE kreativ einzutreten und uns ihre Hinweise und Vorschläge zukommen zu lassen.

DIETMAR WITTICH

RICHARD SAAGE

# Faschismustheorien

## Ihre Bedeutung für die Forschung und die politische Bildung<sup>1</sup>

I.

Als ich im Jahr 1976 mein Buch »Faschismustheorien«<sup>2</sup> veröffentlichte, reagierte es auf eine ganz spezifische Forschungslage, die untrennbar mit dem damals in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden politischen Klima verbunden war. Einer im Zeichen der sozial-liberalen Koalition stehenden Tendenz, unter dem Einfluss der Studentenbewegung und ihrer emanzipatorischen Impulse »mehr Demokratie« zu wagen und gleichzeitig die starre Ost-West-Konfrontation zugunsten einer allmählichen Aufweichung des »Eisernen Vorhanges«, der Deutschland in zwei Teile zerriss, zu lockern, stand eine neo-konservative Opposition gegenüber, die mit der Infragestellung des bisherigen sozio-kulturellen Status quo den Einbruch eines neuen »Totalitarismus« befürchtete. Diese Polarisierung ging nicht spurlos an der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich vorbei. Bis Ende der 1960er Jahre im Schatten der identifizierenden Totalitarismustheorie einerseits und einer personalisierenden Deutung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als eines von dämonischen Kräften verursachten »Betriebsunfalls« der Geschichte andererseits stehend, die den an sich gesunden deutschen Staat in den abschüssigen Strudel des nationalsozialistischen Reichs der »niederer Dämonen« gerissen habe, trat nun in Gestalt einer akademischen Marxismus-Rezeption eine Alternative gegenüber, die von vielen als Provokation empfunden wurde.

Für kurze Zeit wurden in der Faschismusforschung der Bundesrepublik Fragen relevant, welche die damals herrschende Totalitarismustheorie bzw. personalisierende Deutung des Dritten Reiches relativierten: Welche gesamtgesellschaftliche Klassenkonstellation ermöglichte jene »verselbständigte Exekutive« auf dem Boden der liberalen Demokratie, die den Weg zum Faschismus ebnete? Welchen Anteil hatte die deutsche Großindustrie an der faschistischen Machtübergabe? In welchem Maße waren großindustrielle Gruppen an der militärischen Expansion in Osteuropa beteiligt? Warum erwies sich der Faschismus vor allem für den alten und neuen Mittelstand so attraktiv, dass er jenem zu einer Massenbasis verhalf? Woran lag es, dass die am besten organisierte Arbeiterbewegung der Welt in Deutschland fast kampflos vor dem Faschismus kapitulierte? War der Faschismus an der Macht wirklich identisch mit jenem monolithischen Machtblock, als den die identifizierende Totalitarismustheorie ihn ausgab? Warum blieb der Faschismus in Italien etatistisch kontrolliert, während er in Deutschland genügend Spielraum

Richard Saage – Jg. 1941, Prof. Dr.; seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Theorie und Ideengeschichte« am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie und Soziologie. Unter anderem Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter »Utopieforschung – Eine Bilanz« sowie »Vermessungen des Nirgendwo – Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Renaissance der Utopie?, Heft 201/202 (Juli/August 2007).

1 Vortrag, den der Autor am 14. März an der Slowe-

nischen Akademie der Wissenschaften in Ljubljana gehalten hat und basiert auf seinem 2007 erschienenen Buch »Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte«.

2 Vgl. Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.

3 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung in Polen«, Hamburg 1993, S. 244.

4 Primo Levi: Ist das ein Mensch?, München 1992.

besaß, um die staatlichen Strukturen zu destruieren? In welchem Maße hat der Faschismus modernisierend gewirkt? Welche psychischen Strukturen machten bestimmte Bevölkerungsschichten anfälliger für den Faschismus als andere? Diesen Fragenkatalog könnte man beliebig fortführen. Auf einige von Ihnen versuchte ich in meinem Band »Faschismustheorien« durch die Rezeption der einschlägigen Ansätze der Zwischenkriegszeit, aber auch der 1940er Jahre sowie der Nachkriegszeit und der neueren historiografischen Untersuchungsergebnisse eine Antwort zu geben.

Heute hat sich, wie es scheint, die Situation grundlegend geändert. Die Rezeption von Faschismustheorien, mit deren Hilfe man Klarheit zu erlangen suchte über die gesellschaftliche Basis, die Aufstiegsbedingungen, aber auch über die Funktion des Faschismus hat zur Zeit keine Konjunktur. Neue Fragen sind in der Faschismusforschung hegemonial geworden, die das Problem des Faschismus von der Strukturebene auf die Ebene der Opfer verlagert: bis hin zu der deprimierenden Einsicht Primo Levis, dass sich die Geschichte der Konzentrationslager nicht auf die beiden Blöcke der »Opfer und Verfolger« herunter brechen lässt. Insbesondere am Beispiel der Sonderkommandos kann Levi zeigen, dass es eine »blühende Grauzone von ›protekcja‹ (Korruption) und Kollaboration der Opfer in den Lagern« gab, und zwar der Opfer in ihrer ganzen Bandbreite: von der »bunt zusammen gewürfelten Fauna« der mit niederen Funktionen betrauten Häftlinge, die sorgsam über die kleinen Vorteile wachten, die sie gegenüber den anderen Häftlingen genossen, über das Netz der tatsächlich privilegierten Kapos, denen es freistand, nach Lust und Laune »die gemeinsten Brutalitäten zu begehen«, bis zu den Sonderkommandos, die das fürchterliche Schicksal hatten, ihr Leben im KZ dadurch verlängern zu können, dass sie die Gaskammern und Krematorien bedienten.<sup>3</sup> Sind angesichts dieses »dämonischsten Verbrechens des Nationalsozialismus« (Primo Levi)<sup>4</sup>, nämlich der Erfindung und Organisation von Sonderkommandos, Faschismuskonzeptionen obsolet? Für diejenigen, die in dem subjektiven Leid unzähliger Menschen, das der deutsche Faschismus zu verantworten hat, *den* Tatbestand sehen, der ausschließlich zählt, muss dies sicherlich der Fall sein. Wer aber die sozialen Mechanismen zu dechiffrieren sucht, welche jene menschenverachtende »Grauzone« erst ermöglichte, kommt um strukturelle, d. h. konzeptionelle Analysen des faschistischen Syndroms nicht herum.

Aber Faschismustheorien können nicht nur aufklären über soziale und psychische Konstellationen, die den Faschismus als Massenbewegung ebenso ermöglichten wie dessen Bündnis mit den traditionellen Eliten der bürgerlichen Gesellschaft: Sie haben auch das Potential, sozio-politische Bedingungen anzugeben, unter denen die Gefahr des Faschismus zumindest auf ein Minimum reduziert ist. Insofern sind sie durchaus geeignet, normative Orientierungshilfe für die politische Bildung zu leisten. Um beiden Aspekten gerecht zu werden, konzentriert sich mein Beitrag auf eine einzige Frage: Wie muss im Licht der Faschismustheorien eine Gesellschaft aussehen, die den Faschismus strukturell vermeidet? Auch wenn die meisten theoretischen Ansätze nicht immer explizit die sozio-politische Alternative thematisierten, die sie dem Faschismus gegenüber-

stellten, so lässt doch der mehr oder weniger kritische Anspruch, mit dem sie ihn analysierten, vermuten, dass sie zumindest *indirekt* von Elementen eines gegenüber den faschistischen Fehlentwicklungen immunisierten Modells ausgingen.

## II.

Von allen Ansätzen, die im Zentrum dieses Beitrags stehen, hat das sowjetmarxistische Paradigma zu diesem Problem die dezidierteste Stellung bezogen.<sup>5</sup> Da zwischen dem Faschismus und dem Monopolkapitalismus ein instrumentelles Verhältnis in dem Sinne bestehe, dass jener das Werkzeug und dieser das es benutzende Subjekt sei, könne es zur Abschaffung der spätbürgerlichen Gesellschaft in ihrem vermeintlich imperialistischem Stadium keine Alternative geben, wenn die Wurzeln des Faschismus wirklich ausgerissen werden sollen. Doch die kommunistische Analyse des Funktionierens faschistischer Herrschaftssysteme ist in ihren Schlussfolgerungen brüchig: Sie ordnet den Faschismus nicht in eine gesamtgesellschaftliche Analyse ein und reduziert ihn auf eine Soziologie der herrschenden Klasse. Aus einer nachweisbaren fehlerhaften Analyse des Faschismus ist aber auch nur eine defizitäre Alternative ableitbar. Doch um welche Alternative handelt es sich? Selbstverständlich lebte die kommunistische Faschismuskonzeption von dem Credo, dass die Sowjetunion das Gesellschaftssystem sei, in dem sich grundsätzlich keine faschistischen Potenziale bilden und akkumulieren können. Mit der Abschaffung kapitalistischer Strukturen sei dessen extremster Depravation gleichsam der Boden entzogen. Mit diesem Enthauptungsschlag fehlten aber möglichen autoritären subjektiven Dispositionen der Bevölkerung jene Verankerung in materiellen Rahmenbedingungen, die sich im Sinne des Faschismus manipulieren ließen. Aber diese Annahme ist historisch widerlegt.

Wenn der Sowjetunion auch das Verdienst zukommt, einen entscheidenden militärischen Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus in Europa, speziell in Deutschland, geleistet zu haben, so ist sie heute von der politischen und geographischen Landschaft verschwunden. Ihre Entwicklung von 1945 bis 1990 hat nicht nur gezeigt, dass sich unterhalb der Ebene des offiziellen Antifaschismus erhebliche rechtsradikale Potentiale ausgebildet haben. Im Kern besteht ihr wesentlichstes Resultat darin, dass sie ihren Test als stabile Alternative zu faschistischen Regimen nicht bestehen konnte. Die Gründe sind oft genannt worden. Wer Minoritäten nur um den Preis ihrer politischen Konformität duldet, lässt innovative Potenziale ungenutzt, ohne die eine Gesellschaft stagnieren muss. Dieselbe Konsequenz ergibt sich aus der Unterdrückung individueller Grund- und Menschenrechte. Deren entscheidende Konsequenz ist, dass sie die Talente von Millionen verkümmern lässt. Und schließlich muss sich ein politisches System auf Dauer selbst delegitimieren, das seine Stabilität fast ausschließlich aus der Überwachung der Bevölkerung mit Hilfe gigantischer Sicherheitsapparate ableitet. Wo die freiwillige Loyalität der Masse der Bevölkerung fehlt, haben wir es unter den Bedingungen der Moderne mit strukturell labilen Gesellschaftssystemen zu tun, wie gerade das Beispiel der Sowjetunion zeigt.

5 Vgl. Saage, a. a. O., S. 24-48.

6 Vgl. Saage, a. a. O., S. 49-73.

7 Vgl. Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Übersetzung aus dem Französischen und deutsche Bearbeitung v. Hartmut Mehringer, München 1973, S. 62, 87 f., 96.

8 Vgl. Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: Ders., Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 49-331, S. 137-151.

9 Vgl. Otto Bauer: Die Österreichische Revolution, Wien 1923, S. 182-195.

Die Alternative zum sowjetmaxistischen Ansatz in seiner Spielart als Sozialfaschismusthese und als Dimitroff-Formel innerhalb der Linken der Zwischenkriegszeit war die bonapartismustheoretische Faschismuskonzeption.<sup>6</sup> Sich auf die Marxsche Analyse der 1848er Revolution in Frankreich berufend, nahm sie den Faschismus als dritte politische Kraft zwischen Kapital und Arbeit in dem Maße ernst, wie es ihm gelang, sich vor allem in den Zwischenschichten auf eine veritable Massenbasis zu stützen. Deren Dynamik erschöpft sich in ihrer Sicht nicht auf die Funktion der Stabilisierung des kapitalistischen Systems in der größten Krise seiner Geschichte. Einerseits klärt uns nämlich der bonapartismustheoretische Ansatz darüber auf, dass die »verselbstständigte« Exekutive, also die diktatorische Tendenz, sich vor der Machtübernahme des Faschismus herausbildet. Dieser ist der Nutznießer der Krise der liberalen Demokratie, die immer dann eintritt, wenn aufgrund mangelnder Koalitionsbereitschaft der politischen Parteien das demokratisch gewählte Parlament zur positiven Politikgestaltung unfähig erscheint. Andererseits insistiert zugleich die bonapartismustheoretische Deutung darauf, dass der Faschismus nicht monokausal das Resultat ökonomischer Interessen der imperialistischsten Kreise des Monopolkapitals gewesen sein kann. Von Anfang an verband sie nämlich, wie insbesondere der in Anlehnung an Antonio Gramsci entwickelte Ansatz Nico Poulantzas<sup>7</sup> und vor allem Otto Bauers Muster<sup>8</sup> zeigen, das Konzept des »Klassengleichgewichts« mit dem der »Hegemonie«: Diese schließt ökonomische Interessen nicht aus. Aber sie lässt sich auch nicht auf sie reduzieren. »Hegemonie« ist nämlich – jenseits eines ökonomistischen Reduktionismus – ein geistig-psychischer Prozess, der, bestimmte sozio-politische Bedingungen vorausgesetzt, die Massen erfasst und sie in die Richtung der Demokratie, der aktiven Teilhabe am politischen Geschehen, oder in die Arme des Faschismus treibt. Niemand hat diesen strukturellen Zusammenhang gültiger beschrieben und in seine Faschismuskonzeption integriert als der Bonapartismustheoretiker Otto Bauer. Er kann zeigen, dass die Erste Republik Österreichs am weitesten vom Faschismus entfernt war, als unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie die proletarischen Massen der Industriegebiete den Organisationen der Arbeiterbewegung zuströmten und diesen ihren Stempel aufprägten. Unter ihrem hegemonialen Druck war ein Regieren nur mit geistigen Mitteln, nur mit den Mitteln des diskursiven Überzeugens möglich. Jeder Versuch, die Anwendung offener oder latenter Gewalt als die *ultima ratio* der Politik zu verstehen, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.<sup>9</sup> In der Zeit der österreichischen Revolution von 1918/19, so müssen wir Bauer interpretieren, trat das Gegenteil dessen ein, was als Markenzeichen des Faschismus zu gelten hat: Statt die Massen unter propagandistisch-choreografischen Vorzeichen nur in »Form« zu bringen, kamen sie, zumindest temporär, zu ihrem Recht. Kanalisierung ihrer Energien hieß nicht ihre Unterwerfung unter einen »Führerwillen«, sondern ihre Selbstbetätigung im Sinne der Durchsetzung weitgehender sozialer Reformen. Faschismus, so die Botschaft der Bonapartismustheoretiker in ihren sehr unterschiedlichen Akzentuierungen, ist nur möglich, wenn die demokratisch-politischen Kräfte ihre geistig-politische Hegemo-

nie verlieren und reaktionäre und faschistische Ideologien das entstandene Vakuum füllen, für die insbesondere die von der Revolution enttäuschten mittelständischen Massen ansprechbar waren.

Allerdings sind die analytischen Grenzen des bonapartismustheoretischen Ansatzes ebenfalls evident. Wie sich insbesondere am Beispiel des italienischen Faschismus verdeutlichen lässt, setzt er eine staatliche Disziplinierung der anarchischen Kräfte der »Bewegung« voraus: Nur so kann die Arbeitsteilung zwischen dem Primat der faschistischen Diktatur und der sozialen Herrschaft der kapitalistischen Oligarchien wirklich funktionieren. Die in der Verfügung über das Privateigentum an den Produktions- und Arbeitsmitteln gesetzte Systemgrenze des Faschismus vermag sich aber gegenüber dessen Dynamik nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die am autoritären Rechtsstaat orientierten traditionellen Eliten als effektives Gegengewicht zu ihrem faschistischen Bündnispartner stabil bleiben. Das war in Italien weitgehend der Fall; in Deutschland jedoch wurde die bürgerliche Gegenmacht um so brüchiger, je länger das nationalsozialistische Regime andauerte. Zwar fungierte der alte preußische Staat zumindest im Reichsgebiet noch immer als ordnende Instanz der gesellschaftlichen Prozesse. Aber unübersehbar war auch, dass er zunehmend geschwächt wurde durch die Infiltration nationalsozialistischer Elemente. Die katastrophalen Folgen, auf die als erste exilierte Autoren wie Otto Kirchheimer und Franz Neumann hinwiesen, waren evident.<sup>10</sup> In dem Maße, wie das »Recht« des autoritären Ordnungsstaates sich in eine Fülle technischer Regeln und auf den Einzelfall bezogener Maßnahmen auflösten, entwickelte sich eine dezisionistische Dynamik, welche, durch rivalisierende Machtakkumulation der wichtigsten Herrschaftsträger in Partei, Großindustrie, Staat und Armee verschärft, sich im Unterschied zum italienischen Faschismus zunehmend von den Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft des Dritten Reiches lösten.

Der »Leviathan«, das Leitbild der konservativ-autoritären »Ordnungskräfte«, mutierte zum »Behemoth«, zum Symbol der anarchischen und selbstdestruktiven Kräfte der »Bewegung«. Martin Broszat und Hans Mommsen konnten in diesem Zusammenhang zeigen, dass die mangelnde eigene Substanz des Nationalsozialismus zur Integration der negativ pluralisierten Gesellschaft den Zwang generierte, in dem von Kirchheimer und Neumann analysierten normlosen Raum des »Behemoth« die Vernichtung der Juden nicht nur zu propagieren, sondern am Ende auch tatsächlich durchzuführen, wie chaotisch und durch kontingente Umstände gebrochen auch immer der Weg zu diesem größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit gewesen sein mochte.<sup>11</sup> Eine Alternative zum Faschismus, so lehrt uns der konflikttheoretische Ansatz, kann nur ein solches politisches System sein, das kompromisslos an den emanzipatorischen Errungenschaften des Rechtsstaates mit seinen unantastbaren Grund- und Menschenrechten festhält und allen Tendenzen widersteht, das Recht zu einer technischen Maßnahme zu reduzieren, die unter rein funktionalistischen Prämissen ihren Erfolg oder Misserfolg misst. So gesehen, war es eine der deprimierendsten Erfahrungen der faschistischen Regime, dass eben jene bürgerliche Klasse, die einst in der Frühen Neuzeit die freiheitlichen Errungen-

10 Vgl. Saage, a. a. O., S. 74-84.

11 Vgl. Hans Mommsen: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43-72; Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 11. Auflage, München 1986.

schaften des Rechtsstaates gegen absolutistische und feudale Willkür erkämpft hatte, zumindest in großen Teilen Europas die Bedingungen mit schuf, unter denen sie im Faschismus destruiert wurden.

Obwohl die Ursprünge des konflikttheoretischen Ansatzes einer Faschismusanalyse in die 1930er und 1940er Jahre zurückreichen, stand er bis Ende der 1960er Jahre im Schatten der identifizierenden Totalitarismustheorie. Dieser gelang es in der Zeit des Kalten Krieges, eine normativ-legitimierende Kraft zu entfalten, die bis auf den heutigen Tag nachwirkt und im Kontext des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten eine deutliche Konjunktur erlebte. Die einfache Gleichsetzung von stalinistischer Sowjetunion und dem Dritten Reich ist selbst von Friedrich und Brzezinski relativiert worden, wenngleich sie genügend gemeinsame Merkmale ausmachen zu können glaubten, um wenigstens von einer Gleichartigkeit zu sprechen: Sie erlaube es, beide Regime unter den Titel des Totalitarismus zu subsumieren.<sup>12</sup> Gewiss ist in empirisch-analytischer Hinsicht sowohl Friedrich/Brzezinski als auch Hannah Arendts strukturelle Beschreibung der stalinistischen Sowjetunion und des Dritten Reiches<sup>13</sup> zuzustimmen, wenn man deren Identität auf die Fokussierung neuartiger Herrschaftsmethoden einschränkt. Auf wissenschaftlich-industriellem Niveau angesiedelt, hat in der Tat die Weltgeschichte bisher nicht solche Propaganda-, Überwachungs- und Unterdrückungsapparate erlebt, wie sie die Sowjetunion unter Stalin mit ihrem System der Gulags und der gnadenlosen Verfolgung und Liquidierung so genannter »innerer Feinde« und das Dritte Reich unter Hitler mit seinen Konzentrations- und Vernichtungslagern und der Durchführung eines Genozids im industriellen Maßstab hervorbrachten. Aber die Hegemonie der Totalitarismustheorie gründete in ihrer normativ-legitimierenden Funktion. Wie keine andere Faschismuskonzeption verdankte sie ihre massenhafte Akzeptanz dem Umstand, dass sie *explizit* in Gestalt ihres spiegelbildlich zugeschnittenen Gegenbildes der Pluralismustheorie als sozopolitische Alternative zu den antindividualistischen, die Freiheit der Einzelnen zerstörenden rechten und linken Totalitarismen auftrat.

Doch nach dem Ende der faschistischen Diktatur in Italien und Deutschland war sie einer eigenartigen Metamorphose unterworfen. Da die westliche Welt sich nun nur noch *einer* Bedrohung, nämlich der Konfrontation mit den realsozialistischen Staaten jenseits des »Eisernen Vorhanges«, ausgesetzt sah, blieben nur die Sowjetunion und ihre Satelliten als ernst zu nehmende Feindbilder übrig. Den ehemaligen Anhängern des Faschismus bot die Totalitarismustheorie nun aber die Möglichkeit, sich in die liberale Demokratie zu »integrieren« und ihre Verstrickung mit dem verbrecherischen System des Dritten Reiches zu »neutralisieren«. Damit waren einer Demokratisierung des liberalen Regierungssystems enge Grenzen gesetzt. Im Zuge eines militanten Antikommunismus konnten alle linken, d. h. der Demokratie zuneigenden Positionen als die fünfte Kolonne Moskaus ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Zugleich sahen sich Modelle einer reduzierten Demokratie bestätigt, welche den Demos weitgehend aus dem politischen Geschehen heraushalten wollten. Nicht zufällig begann parallel zum Aufstieg der Totalitarismustheorie die Hegemonie der Demokratietheorie Schumpeters.<sup>14</sup> Sein Mo-

12 Vgl. Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur (1965), in: Bruno Seidel, Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974, S. 600-617.

13 Vgl. Hannah Arendt: Ideologie und Terror. Eine neue Staatsform, in: Seidel/Jenkner, a. a. O., S. 133-167.

14 Vgl. Saage, a. a. O., S. 246-252.

dell der Konkurrenzdemokratie reduzierte die Rolle des Demos auf den Akt der Wahl zirkulierender Eliten. Aber waren es nicht gerade die herrschenden Eliten der liberalen Demokratie gewesen, die in Italien und Deutschland dem Faschismus zur Macht verhalfen?

Mit dieser Frage ist übergeleitet zum empirisch-analytischen und normativ-legitimatorischen Standort der Modernisierungstheorie im Gesamtszenario der Faschismuskonzeptionen. Auch sie ist – wie die Totalitarismustheorie – affirmativ auf die westliche Industriegesellschaft, insbesondere auf die Weltmachtrolle der USA, bezogen. Als wissenschaftliches Instrumentarium bei der Faschismusanalyse erscheint sie nur dann tauglich, wenn man von ihrem imperialistischen Überlegenheitsanspruch<sup>15</sup> abstrahiert und Modernisierung als eine selbstreflexive Aufklärung begreift, die ihre eigene Gefährdung durch rationalistische Totalisierungen erkennt und an ihren universalistischen Emanzipationspostulaten festhält. Auf eine kurze Formel gebracht, lässt sich sagen, dass der Faschismus einerseits die Konsequenz einer defizitären Modernisierung, andererseits aber auch als treibende Kraft derselben interpretiert worden ist. Die erste Auslegungsvariante<sup>16</sup> hebt auf die Tatsache ab, dass der Faschismus nur in einer solchen Gesellschaft aufgrund endogener Faktoren an die Macht kommen konnte, in der es eine bürgerliche Revolution nicht gegeben hat oder gescheitert ist. Tatsächlich haben sich westliche Staaten wie die USA, Großbritannien und Frankreich sowohl im Blick auf die Eliten als auch hinsichtlich der Massen weitgehend immun gegenüber der faschistischen Lösung der aus der Weltwirtschaftskrise resultierenden sozio-politischen Probleme gezeigt. In den Länder aber, in denen – wie vor allem in Deutschland – der Nationalstaat nicht von unten, von den Massen gewollt und den Eliten demokratisch legitimiert, erkämpft wurde, hatte der Faschismus eine Chance.

Wenn diese Variante der faschismusanalytischen Modernisierungskonzeption eine hohe Plausibilität für sich reklamieren kann, so erscheint die Deutung der zweiten Auslegungsvariante des Faschismus als Modernisierungsinstanz in einem ambivalenten Licht: Wenn z. B. Ralf Dahrendorf die These entwickelte, der Nationalsozialismus habe durch die politische Entmachtung des Adels im Zuge der Niederschlagung des Widerstandes gegen Hitler 1944 ungewollt die Voraussetzung der liberalen Demokratie der BRD ab 1949 geschaffen, wertet er ihn objektiv auf.<sup>17</sup> Die fortgeschrittensten Spielarten dieses Ansatzes konzidieren dem deutschen Faschismus eine Modernisierung seiner industriellen Mittel, nicht aber seiner Ziele.<sup>18</sup> Andere Autoren tragen plausible Argumente vor, dass der Faschismus, parasitär von der Substanz seiner bürgerlichen Herkunftsgesellschaft lebend, Modernisierung nur propagandistisch vorgegaukelt habe.<sup>19</sup> In jedem Fall wird jedoch gesagt werden können, dass das Verhältnis des Faschismus zur Modernisierung zwiespältig ist: Sofern diese sich *ökonomisch und sozio-politisch* durchgesetzt hat, scheint die Faschismusgefahr weitgehend gebannt zu sein. Setzt sich aber ausschließlich die ökonomische und technische Modernisierung durch, ohne sie durch eine tief greifende Demokratisierung und Liberalisierung in Gestalt einer politischen Zivilgesellschaft zu korrigieren, sind faschistische Potentiale vor allem dann nicht aus-

15 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen 1975, S. 11-13.

16 Vgl. Talcott Parsons: *Beiträge zur soziologischen Theorie*, Neuwied/Berlin 1968; Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*, Berlin 1953; Franz Borkenau: *Zur Soziologie des Faschismus*, in: Ernst Nolte (Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*, 6. Auflage, Königstein/Ts. 1984, S. 156-181.

17 Vgl. Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

18 Vgl. David Schoenbaum: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln/Berlin 1968; Henry Ashby Turner: *Faschismus und Antimodernismus*, in: ders.: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Gabriele Neitzert*, 2. Auflage, Göttingen 1980, S. 157-182.

19 Vgl. Saage, a. a. O., S. 143-149.

zuschließen, wenn soziale und wirtschaftliche Krisen das Gesamtsystem bedrohen. So gesehen, ist der Schluss unausweichlich, dass die Faschismusgefahr in dem Maße steigt, wie die Modernisierungsprozesse auf halbem Weg ins Stocken geraten. Sie spielen dann modernste Technik in die Hände derer, deren Mentalitäten vorzivilisatorischen Leitbildern einer sozialdarwinistisch ausgelegten völkischen Rassenideologie folgen.

Was haben die geistesgeschichtlichen Faschismuskonzeptionen den bisher diskutierten Ansätzen entgegenzusetzen? Wie weit reicht ihre Kritik am nationalsozialistischen Herrschaftssystem? Gibt es eine Grenze der Distanzierung, die sich an den Rändern gemeinsamer Schnittmengen verdeutlichen lässt? Die Historiker Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter setzten den Nationalsozialismus mit dem Einbruch eines dämonischen Prinzips in die deutsche Geschichte gleich. Deren Personalisierung in Gestalt Adolf Hitlers habe, das Zeitalter der Massendemokratie im Rücken, den Bruch mit der sich bis dahin normal entwickelnden deutschen Staatlichkeit bewirkt. Durch diese Ontologisierung der sozio-politischen Ursachen des Dritten Reiches wird in letzter Instanz die deutsche Katastrophe als unabwendbares Verhängnis gedeutet, das unter der Hand durch punktuelle Kontinuitäten mit dem konservativ-antiemanzipatorischen Standort dieser Autoren verbunden ist. So gibt Meinecke den Juden zumindest eine Teilschuld an ihrem Schicksal im Dritten Reich, weil sie die im Rahmen ihrer Emanzipation Negatives und »Zersetzendes« zur »Entwertung und Diskreditierung der liberalen Gedankenwelt«<sup>20</sup> seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beigetragen hätten. Und bei Ritter ist kein Wort der Kritik an Carl Goerdeler nachzulesen, wenn dieser in seinen Deutsch-landplänen die von Hitler usurpierten Gebiete in Österreich<sup>21</sup> in der Zeit nach dem Nationalsozialismus beibehalten und die »neue« Demokratie – unter strikter Ablehnung des westlichen Parlamentarismusmodells<sup>22</sup> – an den kommunalpolitischen Vorstellungen des Freiherrn vom Stein ausrichten wollte.<sup>23</sup> Allerdings forderte Meinecke die Deutschen auf, den Machtstaatsgedanken zu verabschieden und, orientiert an kleinen Nationen wie Schweden, der Schweiz und den Niederlanden<sup>24</sup>, unter der Hegemonie der Siegermächte einer Föderation mittel- und westeuropäischer Länder beizutreten.<sup>25</sup>

Helmuth Plessner und Ernst Nolte dagegen sahen den Nationalsozialismus eher in der Kontinuität der deutschen Geschichte, weil er Ausfluss der in ihr angelegten historischen Möglichkeiten war. Aber sie ziehen aus diesem Befund sehr unterschiedliche Konsequenzen. Nolte leugnete zwar nicht die »dunklen Seiten« des Nationalsozialismus, aber er ist bestrebt, dessen positive Intentionen herauszustellen. Bereits in seiner frühen Studie angelegt<sup>26</sup>, vertritt er im Historikerstreit die These, der faschistische Terror der Nazis sei lediglich eine Reaktion auf den roten Terror der Bolschewiki.<sup>27</sup> Wenn es also den sowjetischen Kommunismus an der Macht nicht gegeben hätte, so wäre uns nach dieser Lesart der Faschismus erspart geblieben. Da die Oktoberrevolution nun einmal stattgefunden hat, so müssen wir diese Logik weiterführen, war die notwendige Konsequenz der faschistische Vernichtungswille als Reaktion auf die tödliche Bedrohung des Bürgertums. Damit wiederholt Nolte das bereits aufge-

20 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946, S. 29.

21 Vgl. Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948, S. 313.

22 Vgl. ebenda, S. 299.

23 Vgl. ebenda, S. 301.

24 Vgl. Meinecke, a. a. O., S. 162.

25 Vgl. ebenda, S. 151.

26 Vgl. Saage, a. a. O., S. 170-177.

27 Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Francaise, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 5. Auflage, München/Zürich 1979, S. 33.

zeigte Dilemma der identifizierenden Totalitarismustheorie, die, wie gezeigt, nach 1945 vielen Nazis die Möglichkeit bot, ihre Verstrickung in das verbrecherische System des Faschismus im Zeichen eines militanten Antikommunismus zu rehabilitieren. Plessner forderte demgegenüber insbesondere von den Eliten ein radikales Umdenken im Sinne einer selbstreflexiven Aufklärung. Deutschland wird ihm zufolge nur dann eine humane Zukunft haben, wenn es gelingt, den Anschluss an die emanzipatorischen Traditionen und Werte des Westens zu gewinnen und den hybriden Nationalismus des Faschismus dadurch zu überwinden, »daß wir Klarheit über das Geschick unserer verspäteten Nation (...) gewinnen. Wer in diesem Sinne historische Psychoanalyse treibt, indem er versucht, zu den Quellen seiner eigenen Existenz zurückzufragen und sich mit sich als Nation zu konfrontieren, wird die vergiftende Wirkung, die von den ungehobenen historischen Komplexen ausgeht, entkräften.«<sup>28</sup> Helmuth Plessner kommt damit das Verdienst zu, jenen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland den Weg geebnet zu haben, die vor allem in der politischen Bildung eine um das Dritte Reich zentrierte kritische Erinnerungskultur etablieren konnten. Als jüngstes Beispiel möchte ich das Stelendenkmal in Berlin erwähnen, das dem Gedenken an den Holocaust gewidmet ist.

Wie man sieht, sind die vorwiegend geistesgeschichtlichen Deutungen des Faschismus von Geschichtspolitik nicht immer zu trennen. Aber der Faschismus ist auch nicht zu erklären, wenn man seine gemeinsame Schnittmenge mit den im Unterbewussten wirkenden psychischen Kräften der Individuen und Kollektive ignoriert. Wilhelm Reich war einer der ersten Psychoanalytiker, der insbesondere auf die Schere der sozio-politischen Lage der Mittelschichten – die eher eine Wende nach links nahe legte – und der tatsächlichen ideologischen Orientierung hinwies, die dem deutschen und italienischen Faschismus eine Massenbasis verschaffte.<sup>29</sup> Erich Fromm zeigte am Beispiel des deutschen Faschismus, dass Massen bereit sein können, auf eines der höchsten Güter der westlichen Zivilisation, die persönliche Freiheit, zu verzichten, um sich freiwillig einer gnadenlosen Diktatur zu unterwerfen, die jede freiheitliche Regung im Ansatz zu ersticken sucht.<sup>30</sup> Franz Neumann wies auf die sozio-politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hin, unter denen hilflos gewordene und desorientierte Massen der charismatischen Aura eines Führers erliegen, und zwar auch dann, wenn er längst nicht mehr den Nimbus des Erfolges für sich reklamieren kann. Er machte schon sehr früh deutlich, dass insbesondere die Juden und ihre Verfolgung herhalten mussten für die kumulative Radikalisierung der nationalsozialistischen Massenbasis im Dritten Reich.<sup>31</sup> Und Klaus Thelewit verdeutlichte die psychischen Strukturen jener Freikorpsmentalität, ohne die der unbedingte faschistische Vernichtungswillen gegenüber seinen wirklichen oder auch nur imaginierten Feinden nicht zu erklären ist.<sup>32</sup> Der psychoanalytische Ansatz lehrt uns also, dass erst mit dem Wegfall der autoritären Erziehung eine wesentlicher Faktor der subjektiven Entstehungsbedingungen des Faschismus der Boden entzogen ist.

Aber diese sozialpsychologischen Ansätze verdeutlichen zugleich, dass sie auf objektivistische Konzeptionen ihrerseits angewiesen sind wie umgekehrt auch. Konzeptionen, die sich nur auf die sozio-

28 Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes (1935/1959), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. IV, Frankfurt/M. 1982, S. 260.

29 Vgl. Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, 2. Auflage, Kopenhagen/Prag/Zürich 1934.

30 Vgl. Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. Aus dem Englischen von Lise-Lotte und Ernst Mickel, 12. Auflage, München 2005.

31 Vgl. Franz Neumann: Angst und Politik, in: Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt/M. 1967, S. 184-214.

32 Vgl. Klaus Thelewit: Männerphantasien, Bd. I u. Bd. II, München/Zürich 2005.

ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Faschismus konzentrieren, neigen dazu, die Tatsache auszuklammern, dass der Faschismus ein Produkt von Menschen gewesen ist, die sich in ihrem krisenhaften Bewusstsein mit ihm psychisch, geistig und auch intellektuell identifizierten, weil sie von ihm die Lösung ihrer privaten und kollektiven Probleme erwarteten. Umgekehrt können sie aber nicht erklären, warum bei ähnlichen psychischen Dispositionen mittelständischer Schichten wie in Deutschland und Italien in anderen hochindustrialisierten Ländern der Faschismus nicht nur nicht an die Macht gekommen ist. In den westlichen Industrieländern schwoll er nicht einmal zu einer politisch ernst zu nehmenden Massenbewegung an. Diese Frage ist nur beantwortbar, wenn sozialpsychologische Ansätze Erkenntnisse assimilieren, die aus dem bonapartimus-, dem konflikt-, dem totalitarismus- und dem modernisierungstheoretischen Ansatz folgen. Die bisherige Forschung ist weit davon entfernt, ein solches integratives Faschismusmodell, das die Lagergrenzen überwindet, entwickelt oder gar empirisch erprobt zu haben. Wenn diese Ausführungen gezeigt haben sollten, dass ein solches Programm dennoch unverzichtbar ist, weil eine fachspezifische Reduktion des Faschismus seiner Verharmlosung – wenn auch nur unbewusst – Vorschub leistet, hätten sie ihr selbst gestecktes Ziel erreicht.

### III.

Aber ebenso wichtig wie die korrekte analytische Durchdringung des faschistischen Syndroms sind die aus den hier diskutierten Ansätzen folgenden Kriterien, die eine Gesellschaft erfüllen muss, wenn sie sich gegenüber Faschisierungstendenzen immunisieren will. Allerdings wäre es zu kurzschlüssig, würde man faschismustheoretische Ansätze auf das Ziel reduzieren, sie eins zu eins auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellationen zu übertragen und daraus Schlüsse über aktuelle Faschismuspotentiale abzuleiten. Viel weiterführender ist die Frage, inwiefern im Licht der historischen Faschismustheorien diese uns darüber aufklären, worin sich die sozio-politische Situation heute von der nach dem Ersten Weltkrieg unterscheidet. Die Ergebnisse einer solchen Komparatistik liegen auf der Hand: In objektiver Hinsicht ist durch die Einbindung der beiden Kernländer des Faschismus – Italien und Deutschland – in die Europäische Union, die außenpolitische Grundlage eines extremen Nationalismus zerstört; eine politische Tatsache, die neben dem Ausgleich der Bundesrepublik mit Frankreich zu den großen politischen Leistungen des 20. Jahrhunderts gehört. Auch die Klassenkonstellation hat sich in Italien und Deutschland im Vergleich zum Ersten Weltkrieg grundlegend geändert. Zwar ist auch heute im Zuge des Neoliberalismus die Mittelschicht in den westlichen Ländern einem Erosionsprozess unterworfen. Doch die harte Klassenkonfrontation, artikuliert durch einen kämpferischen Marxismus, entfällt in dem Maße, wie massive Individualisierungsprozesse ihr den Boden entziehen. Zwar existiert der Antisemitismus in Deutschland nach wie vor. Aber eine intensiv betriebene Erinnerungspolitik, die die Verbrechen der Nazis aufarbeitet und stigmatisiert, hat große Teile der Bevölkerung und der Eliten nachhaltig sensibilisiert. Und

vor allem: Die kapitalistischen Oligarchien in Deutschland agieren heute nicht mehr national, sondern global.

Dennoch wird der Faschismus im 21. Jahrhundert erst dann dauerhaft vermieden werden können, wenn die liberale Demokratie ihre Funktionsfähigkeit bewahrt. Diese ist aber nur insofern gewährleistet, wie die Souveränität des Demos, vermittelt über Wahlen etc., gewahrt bleibt. Zugleich dürfen die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eliten sich nicht nach unten abschotten und zu Oligarchien depravieren. Gleichzeitig müssen die politischen Parteien auch in Krisenzeiten unbeirrt auf einem demokratischen Regelkonsens beharren und ihren Wählern genuine Alternativen anbieten, die deren wirklichen Interessen entsprechen. Es versteht sich auch von selbst, dass der gesamtgesellschaftliche Wert der Gleichheit nicht durch Kräfte ausgehebelt werden darf, die für sich ein höheres Recht im Namen einer Ethnie oder Religion gegenüber dem Rest der Gesellschaft reklamieren: Es ist also ein hoher Grad der Säkularisierung der Gesellschaft zu unterstellen, ohne den es keine funktionierende *civil society* als Alternative zum Faschismus geben kann. Und schließlich muss die Prämisse in der Gesamtgesellschaft verankert sein, dass der Bürger mündig ist, d. h. über ein Mindestmaß an rationaler Urteilskraft verfügt. Diesen Kriterien hat eine in den Massen verankerte subjektive Disposition zu entsprechen, die sich auch dann den Zugang zur Vernunft nicht verbauen lässt, wenn sie unter dem Druck individueller und sozialer Konflikte steht. An die Stelle sado-masochistischer Charakterstrukturen müssen solche Orientierungen treten, die sich dem Problem verdrängter Triebenergien stellen, ohne diesen Prozess gesellschaftlich zu tabuisieren. Ein korrigierendes Zusammenspiel permanenter Kritik und Selbstkritik an sich selbst und der Gesellschaft, ihre faschistische Vergangenheit mit inbegriffen, könnte erreichen, dass beide in einer entscheidenden Perspektive konvergieren: sich auf einen konstruktiven Zustand hinbewegen zu wollen, der – gemessen an dem Stand der jeweils erreichten materiellen Verhältnisse – das historisch mögliche Glück aller erreicht und das Elend, das der Mensch dem Menschen zufügt, auf ein geschichtlich mögliches Minimum reduziert.

Es ist leicht, dieses Modell als eine »Utopie« abzutun. Aber was wäre gewonnen, wenn wir auf ein solches regulatives Prinzip verzichteten?

#### Literatur

- Hannah Arendt: Ideologie und Terror. Eine neue Staatsform, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974, S. 133-167.  
 Otto Bauer: Die Österreichische Revolution, Wien 1923.  
 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: ders., Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 49-331.  
 Franz Borkenau: Zur Soziologie des Faschismus, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, 6. Auflage, Königstein/Ts. 1984, S. 156-181.  
 Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 11. Auflage, München 1986.  
 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung in Polen«, Hamburg 1993.  
 Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur (1965), in: Seidel/Jenkner, a. a. O., S. 600-617.  
 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.  
 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. Aus dem Englischen von Liselotte und Ernst Mickel, 12. Auflage, München 2005.  
 Primo Levi: Ist das ein Mensch?, München 1992.  
 Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1953.

- Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946.
- Hans Mommsen: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43-72.
- Franz Neumann: Angst und Politik, in: Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt/M. 1967, S. 184-214.
- Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Francaise, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 5. Auflage, München/Zürich 1979.
- Talcott Parsons: Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied/Berlin 1968.
- Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes (1935/1959), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt am Main 1982, S. 7-223.
- Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Übersetzung aus dem Französischen und deutsche Bearbeitung v. Hartmut Mehringer, München 1973.
- Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, 2. Auflage, Kopenhagen/Prag/Zürich 1934.
- Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.
- Richard Saage: Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Sozio-technische Bedingungen, Wiesbaden 2005.
- Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.
- David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1968.
- Klaus Theweleit: Männerphantasien, 2 Bände, München/Zürich 2005.
- Henry Ashby Turner: Faschismus und Antimodernismus, in: Ders.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Gabriele Neitzert, 2. Auflage, Göttingen 1980, S. 157-182.
- Hans-Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte. Göttingen 1975.

GÜNTER WIRTH

# Über konkrete und evangelische Utopien

Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag

## I

Utopien richten ihre Vorstellungen von einer neuen gerechteren und menschlicheren Gesellschaft im allgemeinen »nach vorn«, in die Zukunft. Von sogenannten Zukunftsromanen unterscheiden sie sich vor allem dadurch, daß es bei deren Zukunft weniger um gesellschaftliche Vorstellungen als um technologische Prozesse geht. Die Krisen der je gegenwärtigen Gesellschaft(en), die Thomas Nipperdey<sup>1</sup> als Ausgangssituation für das Entstehen von Utopien als »Gegenwelt« einer neuen Gesellschaft ansieht, lassen Modellierungen von etwas Neuerem und Gerechterem in die (möglichst nahe) Zukunft projizieren.

Es kann aber durchaus sein, daß bewußt oder spontan ein historischer Roman oder ein sogenannter Staatsroman wie Hallers »Usong« utopischen Charakter annehmen kann, wenn das vom Autor gewählte historische Paradigma in der je gegenwärtig bestehenden gesellschaftlichen Situation, die als im allgemeinen und vordergründig (noch) als stabil angesehen wird, plötzlich (bisher noch verborgen gewesene) krisenhafte Symptome entdecken läßt. So verstand Jochen Klepper seinen 1937 erschienenen »Roman eines Königs« »Der Vater«, als eine »Staatsutopie von der vollendeten Ordnung«,<sup>2</sup> und zwar als einer »realisierten«, d. h. also als eine solche, deren Vorstellungen womöglich in die Zukunft weisen.

Es muß hinzugefügt werden, daß der protestantische Schriftsteller, der sich vor 1933 als religiöser Sozialist verstand, *die* Züge der Ordnung Friedrich Wilhelms I. herausarbeitete, die als »Gegenbild« zum NS-Regime angesehen werden konnten oder mußten. Klepper selber notierte am 13./14. Januar 1934 in sein Tagebuch: »Lieber Himmel, des *Vaters* Regierung ist Kritik, nicht Verherrlichung, des Heutigen.«<sup>3</sup>

## »Fahrplan der Utopien«

Im allgemeinen – wir kommen zum Ausgangspunkt zurück – richten sich die Utopien jedoch gezielt in die Zukunft, und zwar von den krisenhaften Erscheinungen der je eigenen Gegenwart in die Zukunft einer gleichsam als möglich oder sogar als notwendig erachteten neuen, und zwar der *nächsten* neuen gesellschaftlichen Formation. Ernst Bloch hat daher vom »Fahrplan der Utopien«<sup>4</sup> gesprochen, und das bedeutete für ihn: Utopien zeigten sich »in ihrem scheinbaren Bilderbuch- oder Revuecharakter« als ziemlich genau sozial bedingt. »Sie gehorchen einem sozialen Auftrag, einer unterdrückten oder sich erst anbahnenden Tendenz der *bevorstehenden gesellschaftlichen Stufe* (von mir hervorgehoben, G. W.) (...) Sie sprechen betroffen, wenn auch selten konkret ver-

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Letzte Veröffentlichung »Landschaften des Bürgerlichen – Abhandlungen aus 25 Jahren«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Harald Poelchau als Hochschul-lehrer, Heft 212 (Juni 2008).

1 Thomas Nipperdey: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Köln-Graz 44 (1962), S. 362. Hier zitiert nach Siegfried Wollgast: Philosophie in Deutschland 1550-1650, Berlin 1993, S. 284. Über »negative Utopien« wie George Orwells »1984« müßte gesondert gehandelt werden, ebenso über die Problematik der Futurologie.

2 Jochen Klepper: Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1955, S. 291 (hrsg. von Hildegard Klepper). Im Roman hat der protestantische

Schriftsteller durch eine ausführliche Erwähnung des Friedensplans von Abbé Saint-Pierre die Traditionslinie des utopisch konturierten Pazifismus beschworen (Jochen Klepper: *Der Vater*, Berlin 1980, S. 891).

Zu einer solchen Konstellation ist überdies aufschlußreich, was Kurt Kluxen, ein konservativer Historiker, zu Thomas Morus' Utopia mitzuteilen weiß: »Der Gründer von Utopia ist Utopus, der vor 1760 Jahren die große Halbinsel Abraxa vom Festland trennen ließ und dann der künstlichen Insel die Einrichtungen gab, welche der Natur und den optimalen Bedingungen einer menschlichen Gesellschaft entsprachen. Mit dieser Zeit- und Ortsangabe, 1760 und Abraxa, ist der historische und mythologische Bogen geschlagen, welcher dem Thema die humanistische Dignität verleiht.« Hierzu heißt es in einer Anmerkung: »Die Zeitangabe ›vor 1760 Jahren‹, also vom Erscheinungsjahr der Utopia 1516 minus 1760, bringt uns auf das Jahr 244 v. Chr., in welchem Agis IV. von Sparta alle Schulden aufhob und das Land an alle verteilte, aber deswegen umgebracht wurde...« Kurt Kluxen: Thomas Morus und seine »Utopia« als Wegbereiter moderner Sozialanalyse, in: Kurt Kluxen: *England in Europa. Studien zur britischen Geschichte und zur politischen Ideengeschichte der Neuzeit*, Berlin 2003, S. 41 (hrsg. von Frank-Lothar Kroll).

3 Jochen Klepper: *Unter dem Schatten ...*, Berlin 1967, S. 111 (hrsg. von Hildegard Klepper, gekürzt von Günter Wirth und Ingo Zimmermann).

mittelt, vom Bevorstehenden, sie kleiden ihr kommunistisches Endglück in Formen einer jeweils nächsten Tendenz (...) Bei Augustin hat die beginnende Feudalwirtschaft eingewirkt, bei Morus das freie Handelskapital, bei Campanella die absolutistische Manufakturperiode, bei Saint-Simon die neue Industrie. Wenn auch auf jedesmal transparente Weise, mit dem Himmel auf Erden und nichts Geringerem im Sinn. Auch Utopien haben derart ihren Fahrplan, selbst die kühnsten sind in ihrem unmittelbaren Vorwegnahmen an ihn gebunden.« Hinzu komme überdies »Verschiedenheit des jeweiligen sozialen Standorts«. Jedenfalls enthalte auch der noch so private Traum »Tendenz seiner Zeit und der nächsten Zeit in Bildern gefaßt, in allerdings auch hier überschießenden, fast allemal zum ›Ur- und Endzustand‹ überschießenden Bildern«. Schließlich seien die Utopien nicht unabhängig von der Geschichte. Selbst die in den meisten Sozialutopien vorweggenommene Abschaffung des Privateigentums sehe bei Thomas Morus ganz anders aus als bei Robert Owen ... und – von mir hinzugefügt – bei Johann Valentin Andreae mit seiner Sozialutopie von 1619 »Christianopolis«<sup>5</sup>, wobei für sie interessant ist, daß ihr gelehrter, die Rezeptionsgeschichte genau verfolgender und die Utopien in ihren theoretischen Kontexten beherrschender Interpret Siegfried Wollgast »Christianopolis« gewissermaßen außerhalb der »Fahrplan«-Ordnung Blochs ortet: »Andreae erkennt nicht die weltverändernde Rolle des Handelskapitals.«<sup>6</sup> Wahrscheinlich hängt dieses singuläre Moment mit einem Umstand zusammen, hinsichtlich dessen Bewertung Wollgast und ich seit mehr als fünfundzwanzig Jahren kontrovers argumentieren, und auf diesen Umstand wird – meine Position präzisierend – zurückzukommen sein.

### *Lokomotive der Revolution auf dem falschen Gleis?*

Offensichtlich gehörte es vor fünfzig, sechzig Jahren bei uns zur opinio communis, zur bewußt angenommenen oder zur loyal bzw. passiv hingenommenen, daß mit dem Aufbau einer real sozialistischen Ordnung der Übergang des Sozialismus »von der Utopie zur Wissenschaft« erfolgt sei, der Blochsche Fahrplan hätte also gleichsam die Endstation markiert, und gleichzeitig wäre ein neuer »realer« Fahrplan für eine ganz andere Saison in Kraft getreten, koordiniert mit dem, der zuerst am 7. November 1917 provisorisch angezeigt worden war.

Allerdings war nicht zu verkennen, daß es mit diesem Fahrplan immer wieder Probleme gegeben hatte. Er konnte jedenfalls nicht immer eingehalten werden, und es kam zu häufigen Änderungen, von der Einrichtung ursprünglich gar nicht vorgesehener Nebenstrecken, Anfang der zwanziger Jahre, über die massenweisen Entgleisungen in den dreißiger Jahren und die heroisch zurückgewiesenen Anschläge auf das gesamte Bahnsystem in der ersten Hälfte der vierziger Jahre bis zu späteren subtilen Fahrplandebatten im erweiterten Bahnsystem darüber, ob es sich beim Sozialismus etwa nur um eine kurze Strecke zwischen zwei Stationen handele oder ob er auf dem Wege zur Endstation über verschiedene Stationen führen müsse. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß manche Bahnspezialisten offen oder heimlich die Frage aufwarfen, ob denn die Bedingungen des Territoriums, auf dem der Fahrplan für die Fahrt in den realen Sozialismus – kurzfristig und provisorisch in Kraft getreten – erprobt wurde, überhaupt das angemessene gewesen sei, ob es nicht eigentlich so gewesen wäre, daß die »Lokomo-

tive der Revolution« unter Umgehung einiger wichtiger und entscheidender technologischer Voraussetzungen willkürlich auf die Petrograder Schienen von 1917 geschoben worden sei.

Michael Jäger,<sup>7</sup> ein nachdenklicher Teilnehmer des heutigen theoretischen Diskurses über sozialistische Möglichkeiten, hat hierzu geschrieben, der Sozialismus habe sich in Rußland unter Bedingungen fern derjenigen der »kapitalistischen Metropole« entwickelt, gegen die er sich ja eigentlich richtete, nämlich unter solchen, in denen die wirtschaftliche und staatliche Macht beim Großgrundbesitz lag. »Das war eine Macht, die ökonomisch in Verhältnissen direkter persönlicher Abhängigkeit ausgeübt wurde. Dem entsprach eine zentralistische, militarierte Form der Staatsmacht.« Die Kommunisten hätten zwar die Ökonomie und die Staatsform revolutioniert. »Aber durch die neue Form schimmerte die alte in vielem noch hindurch. Konkurrierende Parteien durfte es nicht geben, dafür waren Geheimdienst und politische Polizei um so mächtiger (...).«

Zunächst hätten die Bolschewiki noch darauf gewartet, daß nach Kriegsende in kapitalistischen Metropolen (zumal hofften sie auf die deutsche) eine revolutionäre Situation entstehe. »Deutschland gebe dann die Linie des kommunistischen Aufbaus vor, und sie würden sich daran orientieren. In dieser Zeit kam niemand auf die Idee, die Sowjetunion (Sowjetrußland) zum weltweiten Modell zu machen. Wenige Jahre später geschah es aber doch (...). So breitete sich eine in der Sowjetunion entstandene Denkform auch unter westlichen Kommunisten aus. Man kann es exemplarisch anhand des so genannten Demokratischen Zentralismus erläutern (...).«

### *Rückweg von der Wissenschaft zur Utopie*

Seit fast zwanzig Jahren ist offensichtlich, daß gerade auch der Demokratische Zentralismus (»die Organisationsform des Staates und der Partei, in der die Führung die Basis kontrollierte statt umgekehrt«) obsolet war, daß unser Credo »von der Utopie zur Wissenschaft« brüchig geworden war. In der Vorlesung zur Eröffnung des Studienjahres 1989/90 an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin am 18. September 1989 habe ich am Schluß ausgeführt: »Wenn die Machtfrage gelöst ist, könnten ja auch tatsächlich alle in Vollmacht so handeln: im Alltag Leistungen in der produktiven und schöpferischen Arbeit für das Ganze gemäß den Konsequenzen des wissenschaftlichen Sozialismus erbringen und in dieses Ganze die Werte, Ideale und Normen einer menschlichen Gemeinschaft einbringen, die heute vielleicht Züge des Utopischen aufweist, morgen aber – wenn wir nur wollen, wenn wir nur *gemeinsam* wollen – Wirklichkeit sein kann. Es könnte dies weiter bedeuten: der von der Utopie zur Wissenschaft gewordene Sozialismus, der seinerseits durch gesellschaftliche Kräfte, durch Menschen, unter bestimmten historischen Umständen zur Wirklichkeit, zur sozialen Praxis geworden ist, erfordert in eben der Praxis, die es mit Menschen als gesellschaftlich, als von der Wissenschaft definierten Wesen und die es gleichzeitig mit Menschen als einzelnen, als Individualitäten zu tun hat, einen Rückgriff auf das Utopische, der zum sittlichen und geistigen Stimulator des wissenschaftlichen Sozialismus geworden war.« In diesem Zusammenhang zitierte ich aus einem im Sommer 1989 im »Sonntag«, der Wochenzeitung des Kulturbundes, er-

4 Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien, (Reclam) Leipzig 1985, S. 15 ff.

5 Johann Valentin Andreae: Christianopolis. Utopie eines christlichen Staates aus dem Jahre 1619. Mit einem Nachwort von Günter Wirth, Leipzig 1977. Im folgenden werden Zitate hieraus mit Angabe der Seiten oder der (kurzen) Kapitel im Text ausgewiesen.

6 Siegfried Wollgast: A. a. O., S. 288. Der zitierte Satz steht in Klammern.

7 Michael Jäger: Kommunismus ohne Geheimdienst?, in: Freitag, Berlin, 13/2008 (28. März 2008), S. 13.

8 Veröffentlicht in der »Neuen Zeit« vom 18. Oktober 1989 unter der Überschrift »Menschenbild ist bestimmt von je eigener Weltanschauung«.

9 Ich denke hier vor allem an seinerzeit stark beachtete und viel zitierte Schriften von Joachim Fest: *Der zerstörte Traum/Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin 1991 (in einem Jahr drei Auflagen!), und: *Nach den Utopien. Eine Betrachtung zur Zeit*, Köln 1992. In meinem Exemplar von Andreaes »Christianopolis« fand ich ein undatiertes Werbematerial des »Spiegel«, zweifellos aus den frühen neunziger Jahren, mit einem Text von Rudolf Augstein: »Ende einer Utopie«. Dort heißt es mit Blick auf den Zerfall der UdSSR, auf das Ende der »zweiten Weltmacht«: »Die ›Linken‹ bei uns und anderswo, die angesichts des Scheiterns dieser einzigen Utopie, die umzusetzen niemals versucht wurde, verstummt sind, müssen sich trösten. Es ist ja gar nicht gesagt, daß die Menschheit, angeführt von den USA, von China oder von Japan, nicht gleichwohl untergeht. Nur wird das dann nicht an den Utopien von Plato, Rousseau, Robespierre, Marx & Co. gelegen haben. Vielleicht ist der Mensch lernfähig, vielleicht ist er es nicht. Vielleicht wird er untergehen, ohne es zu merken. Aber den ›neuen Menschen‹, den wir uns angeschminkt haben, müssen wir uns wieder abschminken. Er existiert im Reich der Geister, die noch als Tote über den Katalaunischen Feldern in den Lüften miteinander fochten. Und mithin heißt das: Es wird ihn nicht geben.«

schienenen Artikel von Herbert Hörz: »Mein Problem ist die Trennung von Gegenwart und Zukunft, die dann vorliegt, wenn unser Zukunftsbild unscharf wird und die Ideale unseres Handelns als schon verwirklicht oder als für uns nicht erreichbar gelten.«<sup>8</sup>

Spätestens im Sommer 1989 konnte man nicht nur extra muros von »Dissidenten«, sondern auch intra muros hören, es sei jetzt wohl der Rückweg von der Wissenschaft zur Utopie und einiges andere nötig, wenn denn für den Sozialismus noch eine reale Zukunft möglich sei. Für diesen Rückweg ergab sich eine Chance offensichtlich allein auf dem bis dahin verketzerten »Dritten Weg« – eine Chance, über deren Aussichten einige Wochen debattiert und für die am 4. November 1989 in Berlin in großem Stil demonstriert wurde. Dieser Rückweg des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie über den Dritten Weg endete am 9. November 1989 – er wurde buchstäblich versperrt durch die Steine der gestürzten Mauer. Ohnehin war diese utopische Vorstellung brüchig genug gewesen, ohne konsistente theoretische Gestalt, und offensichtlich konnte sie mit keiner sozialen und vor allem keiner historischen »Tendenz« (Bloch) rechnen. Man hatte eher den Eindruck, daß die ehemaligen »Sieger der Geschichte« das Gleissystem notdürftig so verlegen wollten, daß es die neuen, schon feststehenden »Sieger der Geschichte« nicht ohne weiteres übernehmen und es triumphal mit ihren Lokomotiven befahren könnten. Doch dies war tatsächlich utopisch – utopisch in dem Sinne, wie der Begriff alltäglich gebraucht wird, also ohne jegliche Chance auf Realisierung.

Allerdings ist sehr aufschlußreich und nur scheinbar paradox, daß es Theoretiker dieser neuen Sieger der Geschichte gab, die nach der vernichtenden Niederlage des realen Sozialismus dessen authentische wissenschaftliche Theorie und seine neu erwachenden und freilich vagen utopistischen Vorstellungen fürchteten und daher schon früh dagegen Front machten. Offenbar in der Sorge, es könne sich dabei um ein Virus handeln, das sich womöglich epidemisch auswirkt.<sup>9</sup> Ursache hierfür war zumal die diese Sieger der Geschichte irritierende Vorstellung, daß sich die meisten der von ihnen zuvor hofierten Dissidenten als Verfechter solcher Vorstellungen erwiesen, und dies auf unterschiedlichen Ebenen. *Die Ebene*, die seinerzeit zur Szene relevanter Auseinandersetzungen wurde, war die staatsrechtliche – und das bedeutete: Sollte im Prozeß der Wiedervereinigung, für den beide, die früheren und die jetzigen Sieger, freilich mit unterschiedlichen Motiven und Vorstellungen eintraten, die DDR mit den (endlich wieder) neu gebildeten Ländern als Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland »beitreten«, oder sollte eine Verfassung ausgearbeitet werden, die dann für die alten wie die neuen Bundesländer gleichzeitig neu in Geltung träte (dies auch mit der Intention, manche geeignete Position aus den DDR-Verfassungen in je geeigneter Weise zu berücksichtigen). Es war vor allem der bündnisgrüne Volkskammer-, spätere Bundestags- und schließlich Europaabgeordnete Wolfgang Ullmann, der bedeutende Kirchenhistoriker und ebenso nonkonformistische wie loyale Intellektuelle, der in Memoranden, Reden und Aufsätzen militant für diese Linie eintrat, auch dann noch, als dieser Zug längst abgefahren war.

*Neue weltpolitische Konstellationen*

Für die Theoretiker der neuen Sieger der Geschichte war durchaus klar (und daher ihre Ausfälle gegen die Utopisten), daß trotz allem, trotz ihres Triumphes auch für sie, mehr oder weniger bald, eine Wende bevorstand, und zwar angesichts der Herausforderungen durch den Zusammenfall von Wiedervereinigung mit dem in ein neues Stadium eingetretenen Prozeß der Globalisierung – und dies in doppelter Perspektive: einmal in der der Weltwirtschaft in Dimensionen, die Lenins Imperialismus-Analysen, an die man sich bei der täglichen Lektüre der Zeitung immer von neuem erinnert, beinahe als harmlose Erzählungen erscheinen lassen, und in der einer neuen politischen Weltordnung, die nicht mehr vom polarisierenden Gegensatz zweier Zentralmächte mit je ihren Verbündeten bestimmt wurde, und merkwürdigerweise war es genau dieses Gegeneinander, das im Kalten Krieg letztlich doch eine gewisse weltpolitische Stabilität, ein »atomares Patt« gesichert hatte. Die neue, noch im Werden befindliche Weltordnung wird davon geprägt, daß sich die eine dieser Zentralmächte (selbst unter Ignorierung der UNO) als »letzte Instanz« auszurufen versucht, ohne daß sie in der Lage (gewesen) wäre, den Ausbruch (asymmetrischer) lokaler Kriege nicht mehr gebändigter kleiner Mächte verhindern zu können, ja, schließlich begann sie selbst, herausgefordert von dem globale Dimensionen annehmenden Terrorismus, sich in kriegerische Abenteuer (»humanitäre Interventionen«) zu stürzen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß inzwischen sogenannte mittlere Mächte (China, Indien, Brasilien) ihre Ansprüche anmelden, und die vor knapp zwanzig Jahren aus dem Kurs geratene »andere« Zentralmacht hat neuerlich so großen Einfluß gewonnen, daß man an ihr ungestraft kaum vorbeikommt.

Im übrigen wird man bei der Observierung der prägenden Strömungen der Weltpolitik nicht übersehen dürfen, daß in der Dimension geistiger – ideologischer, religiöser – Auseinandersetzungen der das 20. Jahrhundert beherrschende Kampf zwischen der sozialistisch-kommunistischen Ideologie und polarisierenden geistigen Tendenzen, zuletzt dem Pluralismus der atlantischen Welt, verschwunden war bzw. an Bedeutung verlor zugunsten des Konflikts (des »clash«) von europäisch-abendländischen Werten und, um nur dieses Stichwort ganz pauschal zu nennen, dem Islamismus; letzterer wurde angesichts der neu entstandenen bzw. sich jetzt ungehindert ausbreitenden Konflikte im Nahen Osten zu einer die Weltpolitik nachhaltig beeinflussenden Macht.

*Blick »nach vorn«*

Wenn im Blick auf diese Konstellationen die Frage sich anbietet, ob in ihnen utopische, zumal utopisch-sozialistische Vorstellungen (jenseits der »übrig« gebliebenen sozialistischen Staaten wie China, Vietnam und Kuba sowie jenseits des lateinamerikanischen »bolivarischen« Sozialismus) ihren Sitz im Leben hätten, würde sich die zusätzliche Frage ergeben, ob solche Vorstellungen entsprechend unserer Ausgangsfrage »nach vorn« oder »nach hinten« gerichtet sein könnten.

Nach vorn? Blicken wir auf Blochs Fahrplan: Wohin sollten sich Utopien heute tendenziell richten? Offenbar fehlen Orientierungspunkte für etwas völlig neues »Nächstes«, für eine neue gesellschaftliche Formation. Angesichts der Despotie des heutigen Finanzmarkt-

10 Hier folge ich der Konzeption eines Workshops von Helle Panke im April 2008. In den letzten Jahren wurden Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen, zumal der Globalisierung, von den Apologeten des Neoliberalismus als utopisch hingestellt. In einer im Juli 2008 vom Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber vorgestellten Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung der EKD über »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« haben wir, wenn wir den ausführlichen Bericht in der FAZ vom 9. Juli 2008 (»Heuschrecke als Gottesanbeterin« – !) folgen, das genaue Gegenteil vor uns, nämlich ein Dokument des Neoliberalismus. Das gilt vor allem für die »evangelische« Position zu den Konzernen und Hedgefonds. So liest man u. a. in dem Bericht: »Ohne das Beispiel Nokia zu nennen, warnt die EKD ... vor pauschalen Verurteilungen im Falle von Arbeitsplatzabbau bei gleichzeitigem hohen Unternehmensgewinn: Hohe Renditen bedeuten nicht automatisch, dass ein Betrieb auch Arbeitsplätze schaffen könne.« Man wundert sich daher auch nicht, wenn die von dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gerd Wagner ausgearbeitete Denkschrift die immensen Managergehälter verteidigt. Man könne aus »Gerechtigkeitsgründen« wenig »gegen hohe und höchste Gehälter« sagen. Usw.

11 Roger Behrens: Es geht ums Ganze, in: Freitag, Berlin, 13/2008 (28. März 2008), S. 19.

Kapitalismus mit seinen rasch sprichwörtlich gewordenen »Heuschrecken«, angesichts der Zerklüftung der Arbeitswelt, unübersehbar in der Herausbildung einer neuen Klasse, der des Prekariats, der neuen industriellen Reservearmee – also angesichts solcher sozialer Verhältnisse<sup>10</sup> wird man eher zur Auffassung gelangen, daß »nach vorn« eigentlich nur (jedenfalls derzeit) unüberwindbare Hindernisse in Sicht sind, sich keine neuen Perspektiven eröffnen. Auch die von dem schwedischen Soziologen Gösta-Esping Andersen 1990 beschriebenen Modelle eines nordisch-sozialdemokratischen, eines kontinental europäisch-konservativen und eines angelsächsischen liberalen Wohlfahrtsstaats laden nicht unbedingt zu utopischer Phantasie ein. Es könnte dies von jenen zuvor von uns aufgerufenen Ideologen der neuen Sieger der Geschichte als »Ende der Geschichte« angesehen werden, und wenn die Geschichte am Ende ist, dann bedarf es eben auch keiner Utopien mehr.

Offenbar kann dies aber im Sinne einer immer irgendwie gegenwärtigen Vision von einem menschenwürdigeren und sozial gerechteren Leben doch wohl nicht das letzte Wort sein, und tatsächlich ist es für viele auch nicht das letzte Wort. So blicken sie womöglich »nach hinten«. Aber wie sie »nach hinten« blicken – darauf kommt es entscheidend an; ob nostalgisch, also schlicht restaurativ, oder unter neuen und kritischen Aspekten, wie es etwa Roger Behrens vorgemacht hat.

#### »Konkrete Utopie«

Dieser junge Lüneburger Gesellschaftswissenschaftler hat nämlich in einem konzis konzipierten Essay die radikale Frage nach den heutigen sozialen Verhältnissen, und er hat sie radikal gestellt. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß man dann, wenn erreicht werden soll, daß »die Menschen überhaupt Menschen werden«, eine »konkrete Utopie einer Welt« entwickeln müsse, »für die es noch keinen Namen gibt, sozusagen ein(en) anonyme(n) Neokommunismus«. Und er fügte hinzu: »Das ist gleichermaßen eine theoretische wie praktische Aufgabe an die radikale Linke: Sich den Sachzwängen zu widersetzen und die Utopie direkt in die sozialen Auseinandersetzungen zu bringen: als Frage, beziehungsweise als Problem, und nicht als fertig ausgepinseltes Bild.«<sup>11</sup>

Das sind natürlich noch recht vage Vorstellungen, aber damit ist immerhin ein U-Topos im Diskurs angesagt. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist ohnehin, alle bis 1989 als gültig, als vom Diktum: »Roma« locuta, causa finita normierten Denkformen zu überwinden, vor allem (so Michael Jäger in dem zitierten Aufsatz) die vom »sozialistischen Weg mit antidemokratischen Methoden«, die er etwa in China und in Kuba angewendet sieht, und die vom »Demokratischen Zentralismus« (den Lothar de Maizière 1989/90 wiederholt als den genetischen Fehler des Realsozialismus in der DDR bezeichnet hatte). Als eine andere solche Denkform wäre die der Ignorierung des Einzelnen in seiner Individualität anzuführen, die in der Literatur wiederholt zur Sprache gebracht worden ist, besonders eindrucksvoll bei Peter Weiss.

Wollten wir versuchen, über die bisher mehr theoretischen Erwägungen hinaus zu überlegen, wie denn eine solche »konkrete Utopie« im Sinne von Behrens ausgestaltet werden könnte (Blochs Fahrplan haben wir ja rebus sic stantibus beiseite gelegt), dann könnte man auf drei Elemente stoßen, die sozusagen als Material für den Bau der noch offenen

Trassen zum noch nicht genau markierten utopischen Zielort im Blick sein könnten.

### *Mögliche Bausteine einer »konkreten Utopie«*

Zum *einen* könnte es darum gehen, Errungenschaften aus der DDR (nehmen wir ruhig einmal diesen Begriff, den ich wie den der Geborgenheit seinerzeit als zu pathetisch möglichst übergangen hatte und der heute bei vielen einen ganz anderen Klang hat) aufzugreifen – solche nämlich, die nach ihrer ursprünglichen Diskreditierung in der Zeit der Wende und danach »posthum«, natürlich in je etwas veränderter Gestalt, eine gewisse Renaissance erfahren haben. Ich nenne nur Polikliniken (= Ärztehäuser), Schulorganisation (jenseits der Indoktrination), die in Finnland zu Pisa-Erfolgen geführt hat, damit verbunden Abitur in acht Jahren, Ganztagschule, Kitas, umfassenderer und erleichterter Zugang zu kulturellen Veranstaltungen, vor allem im Theater. Daß auch »Bausteine« aus der realen Gegenwart der kapitalistischen Gesellschaft, durch die die Trassen ja laufen müssen, herangezogen werden, ist ohnehin buchstäblich naheliegend.

Zum *zweiten* wäre es von großer Bedeutung, auf die theoretischen Diskurse und die je erst eingeleiteten Reformversuche in der Perestrojka der UdSSR, zuvor im »Prager Frühling« von 1968<sup>12</sup> sowie in Polen und Ungarn bereits ab Sommer 1989 zurückzukommen und deren Aspekte und Erfahrungen gezielt auszuwerten.

Schließlich könnte *drittens* zu solchen Baumaterialien manches gehören, was in früheren Utopien an Vorstellungen entwickelt worden ist und die ins heutige konkrete utopische Denken, ins ganz Offene hinein, integriert werden könnten.

### *Reservoir des Utopischen*

Trassenführung – diese Metapher würde übersetzt darauf hindeuten, daß sich solche utopischen Vorstellungen eigentlich doch schon auf die Strukturierung konzentrieren müßten. Aber wie die Dinge angesichts der Ausdifferenzierung nicht nur der Herrschaftsverhältnisse (Produktionsverhältnisse) im heutigen Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung und angesichts der höchstentwickelten und sich dennoch immer weiter entwickelnden Produktivkräfte samt der davon beeinflussten (euphemistisch so genannten) Arbeitswelt wird man kaum unmittelbar auf prinzipielle Vorstellungen, geschweige denn Modellierungen aus den klassischen Utopien und auch nicht aus den schon vom Frühkapitalismus beeinflussten Utopien des 18./19. Jahrhunderts zurückgreifen können.

Was man allerdings aus dem Reservoir früherer Utopien aufnehmen kann in heutiges engagiertes Nachdenken über die Perspektiven einer »konkreten Utopie«, das sind je unterschiedliche Modellierungen gesellschaftlicher Sachverhalte, die seinerzeit die Grenzen der vom »Fahrplan« vorgesehenen utopischen Zielvorstellungen ihrerseits transzendiert hatten, also Sachverhalte etwa aus dem Umfeld von Erziehung, überhaupt Bildung, Familie, Generationengerechtigkeit usw. Überdies könnten aus den überlieferten utopischen Materialien solche Vorstellungen berücksichtigt werden, die auf den ersten Blick ohne gesellschaftliche Relevanz zu sein scheinen, weil sie »nur« den Einzelnen betreffen. Wir hatten allerdings schon bemerkt, daß gerade damit ein

12 »Der Sozialismus, wie er in Osteuropa seit 1917 existierte, hat sich durch seine Unfähigkeit zur Selbstkorrektur und seine Opferzahlen selbst diskreditiert. Wird heute nach Alternativen gesucht, kann es nicht darum gehen, das damalige Programm der Reformsozialisten wieder aufzunehmen. Die sozialen und freiheitlichen Utopien der Gegenwart müssen eine andere Gestalt gewinnen, sie können nicht einfach in die Kleider des Jahres 1968 schlüpfen. Aber der ›Prager Frühling‹ bleibt ein Teil der Geschichte Europas: er ist eine wichtige europäische Erfahrung.« Dieter Segert: Der Riß durch die Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 20/2008 (13. Mai 2008), S. 19.

Problem aufgerufen ist, das für das Scheitern des Realsozialismus als mitentscheidend anzusehen war, die Ignorierung des Individuums in seiner nur ihm eigenen Würde, der »Kategorie des Einzelnen« (Sören Kierkegaard).

»Kategorie des Einzelnen«

Wie gegenwärtig ein solcher Aspekt für unsere Erörterungen ist, kann ein je genauer Blick in zeitgenössische Debatten erweisen; man muß nur genau hinsehen. So war etwa auffällig, daß der bedeutende Theatermann Thomas Langhoff in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* am 5./6. April 2008 auf eine entsprechende Frage bemerkte:

»Wenn jeder Deutsche nur einen Euro abgeben würde, dann könnte die Hungersnot in Äthiopien endgültig beseitigt werden. Aber wir tun es nicht. Ein lächerliches Beispiel, aber der Mensch tut so etwas nicht. Vielleicht ist er als solches eine Fehlkonstruktion, oder der Kapitalismus wird *irgendwann* (von mir hervorgehoben. G. W.) von einer besseren Gesellschaftsordnung überholt und abgelöst. So auch meine Hoffnung, durch und durch.« Aus solcher Sicht war die Antwort, ob »wir in einer Untergangsgesellschaft leben«, kaum die vom Fragesteller erwartete: »Ja natürlich. Vielleicht noch die nächsten fünfhundert Jahre.«

An diesen eher aphoristischen Interview-Bemerkungen Langhoffs, die noch dadurch verstärkt wurden, daß er das ersehnte einheitliche Deutschland nicht in der Übernahme des einen durch das andere erwünscht hätte, ist zweierlei interessant; einmal der lange Zeitraum der »Untergangsgesellschaft« (die 500 ist nicht wörtlich zu nehmen) und zum anderen die Beachtung der Kategorie des Einzelnen.

Letzteres erhält zusätzliche Relevanz; wenn man beachtet, daß gerade aus dem Umfeld jener geistigen Kräfte, die ursprünglich als Widerpart gegen den Sozialismus erschienen, sozusagen als der weltanschauliche Erbfeind, im Stadium seines Scheiterns in dieser realen Gestalt (»in den Farben der DDR«) unerwartete Impulse kamen. Ich meine geistige Kräfte aus dem Umfeld des Christentums, zumal des Protestantismus, für die die Kategorie des Einzelnen zentrale Bedeutung besitzt.

Es könnte unter diesen Umständen von einer gewissen Bedeutung sein, eine Utopie zu observieren, die Potential bereitgestellt hat, das für unsere Debatten hilfreich sein kann, sowohl in gesellschaftlicher Hinsicht wie im Blick auf die Einzelnen, und dies nicht zufällig, handelt es sich doch, wie ich nur immer wieder betonen kann, um eine *evangelische Utopie*, nämlich um Johann Valentin Andreaes »Christianopolis.«<sup>13</sup>

## II

*Die Christenstadt und ihr Feind*

Wir hatten gesehen, daß heute utopische Vorstellungen die Gegenfront einer gesellschaftlichen Ordnung, die von der »Despotie des Kapitals« (Karl Marx) dominiert ist, so daß selbst Regierungen mit solider parlamentarischer Mehrheit und durchaus überlegenswerten Konzeptionen (welcher Richtung auch immer) ihr klar unterworfen sind, kaum transzendieren könnten, die utopische Vision einer neuen gesellschaftlichen Ordnung also normalerweise zunächst ziemlich vage bleiben müßte.

13 Siegfried Wollgast hat in den Anmerkungen zum Andreae-Kapitel in seiner Philosophie-Geschichte von 1550 bis 1650 die Sekundärliteratur beispielhaft und sorgfältig aufgearbeitet, zumal auch die kirchengeschichtliche (etwa von Martin Brecht). Weniger hat er sich für die Reflexe auf Andreae in der DDR-Wissenschaft interessiert, auf die hinzuweisen ich versucht habe (insbesondere in der Germanistik bei meinem Lehrer Joachim G. Boeckh und in der Pädagogik bei Robert Alt).

Um nur ein Beispiel zu nennen: In einem Diskussionspapier der KP Böhmens und Mährens »Sozialismus für das 21. Jahrhundert« wird bei der »Prognostizierung der künftigen Gesellschaft« von den »Klassikern« des Marxismus, der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und den Erfahrungen »während des Aufbaus der ersten Form des Sozialismus« ausgegangen. Diese »erste Form« habe positive Seiten, aber »auch« Mängel gehabt (von 1968 ist aber nicht die Rede!). Die zentrale Aussage lautet: »In den Eigentumsbeziehungen wird die Ausbeutung überwunden und die Vergesellschaftung der Arbeit vertieft. Die Marktbeziehungen, die ökonomische Leitungstätigkeit und Elemente der Wirtschaftsdemokratie verhelfen dazu, die Unvollkommenheit der Vergesellschaftung und die für das frühere System charakteristische Bürokratisierung zu überwinden. Die verschiedenen Formen der Produktionstätigkeit und der Bereitstellung von Leistungen machen differenzierte Eigentumsformen, deren Pluralität, erforderlich. Die Herausbildung von gesellschaftlichem Eigentum bedeutet nicht Verstaatlichung, sondern die Veränderung des gesamten Systems ökonomischer Beziehungen, die Elemente der planmäßigen Regulierung, der Steuerpolitik, der Handelspolitik usw. beinhalten, in deren Gefolge sich kapitalistisches Eigentum in staatliches und genossenschaftliches Eigentum, in Eigentum von Beschäftigten, Eigentum von Regionen und Gemeindeeigentum verwandeln, bei dem die Eigentümerrechte der Beschäftigten als Miteigentümer immer weiter zunehmen. Alle Veränderungen werden in die Entstehung großer übernationaler Komplexe einmünden, die in der Lage sind, kapitalistische Großunternehmen aufzukaufen und im Wettbewerb auch zu überwinden. Neben solchen Komplexen werden auch in Privateigentum befindliche Mittel- und Kleinbetriebe tätig sein, die sich dem freien Wettbewerb stellen. Die sozialistische Wirtschaft wird eine geplante Marktwirtschaft sein, in der sich der Plan nicht etwa über administrative Direktiven, sondern mit Hilfe ökonomischer Hebel durchsetzt, wobei die Wachstumsindikatoren durch Indikatoren des Wachstums der Lebensqualität ersetzt werden.«<sup>14</sup> Das ist, wie mir scheint, eine Utopie, aber keine konkrete ... Allerdings war die mehr oder weniger konturierte Orientierung von Utopien aus unterschiedlichen Zeiten auf die Gegenfront nicht allzu neu, sie bot vielmehr immer den Ausgangsort für die Lafette, von der aus die »Kanonenkugeln« utopischer Visionen in die »blühende Landschaft« der Zukunft geschossen wurden.

Dies gilt zumal auch für Andreaes Utopie, der Siegfried Wollgast so große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die Einleitung dieser Schrift ist im Grunde nichts weiter als eine Anklageschrift gegen »die große und tiefe Finsternis der Papstherrschaft« (S. 108). Denn für Andreae war das Papsttum der »Antichrist, (der) die Kirche Christi mit schimpflichen Belastungen niedergedrückt hielt« (S. 5).

Andreae charakterisierte von hier aus die Reformation mit dem »unbesiegte(n) Held(en), unser(n) Doktor Luther« (S. 6), dahingehend, daß diese zunächst »mit Gottes Wort« (S. 6) die Kirche Christi von jenen schimpflichen Belastungen (S. 5) zu befreien versucht hatte, um dann, als er »mit Ergebenheit« (S. 6) nichts erreicht hatte, »seinen energischen Angriff auf die Engelsburg«, als Inbegriff der weltlichen Macht der Kirche, zu beginnen. Wenn »uns« auf diese Weise »die reinere Lehre aufgegangen« war und »unser gesamtes Staatswesen« danach

14 RotFuchs, Berlin, März 2008, S. 18.

15 Mit H. H. Krummacher bezeichnet Siegfried Wollgast (a. a. O., S. 865) Johann Arndt (1555-1621), Johann Gerhard (1582-1637) und Martin Moller (1547-1606) als Vertreter der »lutherischen Reformorthodoxie«, also als Theologen, die streng lutherische Positionen einnahmen, aber gleichzeitig offen waren für neue wissenschaftliche Erkenntnisse und für den philosophischen Diskurs, die sie manchen – auch untereinander – als Häretiker erscheinen ließen oder (wie Moller, der als Görlitzer Stadtpfarrer auch mit Jakob Böhme in Kontakt war) als »Kryptocalvinisten«. Von anderen kirchengeschichtlichen Schulen erhielten sie u.a. das Etikett »protestantische Mystik«. Nach Johann Gerhard war zu DDR-Zeiten ein kirchliches Institut in Potsdam benannt, das damit beschäftigt war, die weltanschaulichen und philosophischen Debatten in der DDR – zumal im Marxismus – zu beobachten und in Studienmaterialien zusammenzufassen. Nach Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR nahm diese Aufgaben dessen Studienabteilung wahr. Das Hauptwerk Johann Arndts »Vom wahren Christentum« hatte die Evangelische Verlagsanstalt in einer Auswahl vorgelegt. Bei Koehler & Amelang, dem Leipziger CDU-Verlag, kam »Christianopolis« heraus, und schon 1975 war dort von Renate Riemack eine Auswahl aus Gottfried Arnolds »Unparteiischer Kirchen- und Ketzerhistorie« erschienen – von Arnold, der als wesentlich Jüngerer (1666-1714) doch irgendwie zu den drei großen protestantischen A des 17. Jahrhunderts zählt: Andreae, Arndt, Arnold. So

»ausgerichtet« (S. 6) wurde, dann mußte Andreae allerdings klar werden, daß damit noch nicht der letzte Schritt zur Befreiung der Kirche Christi gegangen worden sei, ja, daß mit solcher »Ausrichtung« des Staatswesens gleichsam eine protestantische Kopie der päpstlichen Macht zu entstehen drohte. Es stehe alldem die von manchen Gruppen, auch von einer »gewissen Bruderschaft« (S. 10), die freilich »eine geheime ist und in ihrem Hochmut sich für allwissend hält, aber durch einen völlig zusammengeflackten Schild und allerlei Albernheiten einen schlechten Eindruck macht« (S. 11), heraufgerufene »Hoffnung auf eine Besserung der verderbten Zustände und die Verwirklichung der Nachfolge Christi« (S. 10) entgegen. In anderen Worten: Es gehe um die Weiterführung des reformatorischen Werks, wofür er die Namen von Johann Gerhard, Johann Arndt (Arnd) und Martin Moller<sup>15</sup> einsehen sieht (S. 7), letztlich für das, was für ihn »Generalreformation« hieß, also die Erneuerung auch der gesellschaftlichen Verhältnisse.

### *Die Staatsräson der Christenstadt*

Wenn Andreae – mit den Bemerkungen über die »geheime Bruderschaft« seine »Rosenkreuzer«-Periode beendend und transzendierend – in Christianopolis ein Modell solcher Generalreformation schafft, so kommt es in unserer Untersuchung vor allem auf das an, was er an prinzipiellen Postulaten allseitig zur Wirkung zu bringen versucht.

Nehmen wir das wichtige Kapitel »Die Staatswissenschaft« (S. 74). Dort ist die Rede von der subtilen Struktur, die die »Staatskunst« zur »Lenkung der Menschen und zur Erhaltung des Volkes« habe, letztlich also in der Staatsverfassung. »In ihr hat man die drei wichtigsten Güter der Menschheit verankert: die Gleichheit, die Friedensliebe und die Verachtung des Reichtums.«

Allein schon diese knappen Bestimmungen zur Staatsverfassung und Staatsräson von Christianopolis können verdeutlichen, welcher Kontrast sich zwischen der (sagen wir es mit unseren heutigen Begriffen so) Verfassungswirklichkeit von Christianopolis und den zeitgenössischen realen Verhältnissen um und nach 1619 ergibt.

### *1618, 1648 und die Folgen*

1619 – d. h. am Anfang des dann so genannten Dreißigjährigen Kriegs, der als Religionskampf beginnt und immer auch diesen Charakter behält, als er – unermeßliche menschliche Opfer und materielle Trümmer verursachend – zu grundlegenden Veränderungen im Reich und überhaupt im europäischen Staatensystem (Böhmisch-Pfälzer Krieg, Dänisch-Niedersächsischer Krieg, Schwedischer Krieg, Französisch-Schwedischer Krieg) führt. Mit 1648 setzt der Prozeß der Erosion des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ein, neue Großmächte melden ihre Ansprüche an, ältere verstärken sie (Frankreich, Schweden, Niederlande), die hegemonialen Tendenzen Habsburgs werden eingedämmt. Territoriale Veränderungen sind vordergründiger Ausdruck hierfür.

Wenn auch der Augsburger Religionsfrieden von 1555 (mit Einschluß der Reformierten) bestätigt wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß religiöse Toleranz nur mehr schlecht als recht den sich langsam neu herausbildenden säkularisierten Staat als Signatur einer völlig neuen geistigen, weltanschaulichen Entwicklung in Europa verschleiern kann.

Vor diesem hier notwendigerweise nur knapp skizzierten historischen Hintergrund wird das utopische Potential in Andreaes »Christianopolis« von der idealen Beschreibung dessen geprägt, was ein christlicher Staat, eine christliche Gesellschaft eigentlich sein müßte und was die kriegerische Konfrontation der Konfessionen im Dreißigjährigen Krieg ebenso dementieren sollte wie die Ouvertüre des Säkularisierungsprozesses.

Es ist dieser Säkularisierungsprozeß, der damals seinen zwar langen, aber offenbar unaufhaltsamen Lauf im geistigen Leben aufnahm, sichtbar in der vielgestaltigen Ausprägung der Aufklärung, in den weltgeschichtlichen Zäsuren der Französischen Revolution und des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs und in den grundlegenden Veränderungen in den Klassenverhältnissen, die ihrerseits von der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte befördert wurden.

### *Abrechnung mit der alten Welt*

Von hier aus läßt sich Andreaes Utopie der Christenstadt nicht nur auf die realen geschichtlichen Prozesse und auf die jetzt neu einsetzenden beziehen. Man wird sie vielmehr als Abrechnung mit der alten Welt, aber auch als Warnung vor den von ihm befürchteten Folgen des 1618 begonnenen Kriegs aufnehmen – vor den Folgen in allen gesellschaftlichen Bereichen und im geistigen Leben.

Oberflächlich könnte der Eindruck entstehen, daß Andreaes Blick rückwärts gerichtet sei; seine Utopie womöglich Anleihen in der christlichen Gesellschaft der ausklingenden Feudalzeit suche. Dies wäre allerdings ein trügerischer Eindruck, denn in der Tat ist die Blickrichtung Andreaes nach »vorn«, wenn auch ohne die Möglichkeit, das »vorn« vom »Fahrplan der Utopien« genau ablesen zu können. Es sind in meiner Sicht drei Aspekte, die seinen Blick nach vorn bestätigen.

Der *erste* Aspekt hat genau mit dem zu tun, wovon hier an der Stelle gehandelt wurde, daß es Situationen gibt und geben kann, in denen das utopische »vorn« noch eine absolute Terra incognita sei und es darauf ankäme, erst einmal die Gegenfront des allerdings ausgemachten Hauptfeindes zu markieren. Und das heißt im Fall Andreae: Im Mittelalter (im sogenannte christlichen Mittelalter) und auch noch in den Übergangszeiten der frühbürgerlichen Revolution war das Christentum, war die Kirche in je konfessioneller Gestalt nicht nur als religiöse Institution konstituiert, sie waren vielmehr prägende, ja herrschende gesellschaftliche Kräfte, wiesen Signaturen staatlicher Autorität auf und waren von womöglich entscheidendem Einfluß auf die unmittelbare Gestaltung der Gesellschaft und des Reichs.

### *Andreaes Utopie und ihr Platz in der Geschichte*

Wenn Andreae feststellen muß, daß in dieser Gesellschaft, in der vorfindlichen »christlichen Welt« im Grunde nichts mehr stimmt und vor allem nichts mehr übereinstimmt mit den (im Kapitel 74 präzisierten) Grundforderungen des Christentums, dann ist das Urteil über diese Kirche, auch die lutherische, die nicht mehr die Kirche Luthers ist, gefällt, und die geistig-politische Situation in der vorfindlichen Welt erscheint nun erst recht zur »Generalreformation« herauszufordern.

Wir wissen, daß Andreaes Bilanz und Warnung ungehört verhallen, aber es ist dieses Schicksal – nicht nur seiner – Utopie keinesfalls An-

kam dies übrigens in Boeckhs Vorlesungen an der Humboldt-Universität 1951/52 heraus – von Boeckh, der ja in den zwanziger Jahren »Chef-ideologe« des Kögener Bundes war, eines zugleich mystischen und linken Zweigs der Jugendbewegung (u. a. mit Albrecht Goes und Harald Poelchau).

laß, deren Sitz im geschichtlichen Leben herunterzuspielen. Ohnehin war Andreae selber klar, daß »Christianopolis« ohne reale Folgen bleiben werde, mußte ihm doch bewußt sein, wie die Machtverhältnisse in der von ihm überschauten Welt beschaffen waren – und diese Welt war nicht nur, wie manche seiner Kritiker insinuierten, allein die württembergische oder gar nur die von Vaihingen, sein Blickfeld umfaßte das mittlere, westliche und südliche Europa, von dem er weite Teile durch unzählige Bildungsreisen kannte. So führte er denn auch in seine Überlegungen die zeitgenössisch nicht unbekanntere Kategorie des Spielerischen, des Ludibrium, ein (sich dabei übrigens an Thomas Morus anlehnend). Freilich war diese Reservatio intellectualis ihrerseits von spielerischem Charakter und sollte nicht, wie dies Harald Scholtz getan hat, überbewertet werden.<sup>16</sup>

16 Harald Scholtz: Evangelischer Utopismus bei Johann Valentin Andreae. Ein geistiges Vorspiel zum Pietismus, Stuttgart 1957. In meinem Nachwort zur Leipziger Ausgabe von »Christianopolis« habe ich mich ausdrücklich von Scholtz abgegrenzt (S. 179 f.), insbesondere von seiner elitären Deutung Andreaes, wonach die »Reform des Gemeinwesens aus christlichem Geist ... zur beständigen Aufgabe einer Geistes-elite« werden solle.

Es ist ja im Gegenteil so – und damit erweist sich der Standort von Andreaes Utopie im theologischen Umfeld des Protestantismus als eine im Vergleich mit anderen Utopien singuläre, eben als eine evangelische –, daß die Hauptlinien seiner Kritik der Verklammerung von christlicher Botschaft und der Kirche (unabhängig von ihrer Konfession) mit der je zeitgenössischen Welt galten. Diese Hauptlinien waren gleichzeitig die seines (general)reformatorischen Blicks in die Zukunft. Das wäre der zweite Aspekt.

#### *Das Credo der Einwohner der Christenstadt ...*

In diesem Sinne formuliert Andreae nicht nur eine kämpferische Anklage gegen den »Bauchdienst« (in) der Kirche (S. 9) – so wenn er hervorhebt, daß für die Bewohner von Christianopolis »das wichtigste« sei, daß sie »durch ihre Religion, aber auch durch ihre Lebensweise sich von der gesamten Welt unterscheiden sollen« (S. 111). Es geht ihm gleicherweise positiv darum, gewissermaßen eine »Theologie« zu entwickeln bzw. zu beschreiben, die einer solchen Haltung angemessen ist. Diese Position ist prägend für das ganze Werk, hervorstechend im 28. Kapitel (»Die Religion«), in dem gleichsam das Glaubensbekenntnis der Bewohner von Christianopolis wiedergegeben wird – übrigens in unmittelbarer Verbindung mit der Verfassung im 29. Kapitel, in der es im IX. Artikel im Sinne solcher theologischen Neuorientierung heißt: »Wir bemühen uns, (...) göttliches und menschliches Recht nicht zu vermengen« (S. 53).

Für das »Credo« ist charakteristisch sein johanneischer Ansatz der Gottvaterschaft, der Sohnschaft Jesu Christi und der Trinität (II. und VI. bzw. I. und VIII.), die Hervorhebung des Dienstes am Wort und die starke Betonung des Kreuzestods (Theologie des Kreuzes). Es tritt also mit dem Dienst am Wort das protestantische Prinzip »allein durch das Wort« hervor, während das andere »sola gratia« (Rechtfertigung allein durch die Gnade) zurücktritt. Im ganzen ist das »Credo« geprägt von dem, was in der Theologiegeschichte Synergismus genannt wird, also das Zusammenwirken Gottes mit dem Menschen bei der Rechtfertigung.<sup>17</sup>

Beachtlich ist auch die im III. Artikel gemachte Aussage, daß mit der durch den Kreuzestod Jesu möglich gewordenen »Erneuerung des Geistes« die »Wiederherstellung der durch Adams Fall verlorenen Menschenwürde vollzogen« werden könne.

17 Friedrich Hauck, Eberhard Herdieckerhoff, Rudolf Mau (Hrsg. bzw. Bearbeiter): Theologisches Fach- und Fremdwörterbuch, Berlin 1978, S. 164.

*... und seine theologische Begründung*

Die genauere eben theologische Begründung dessen, was im »Credo« bekannt wird, erfolgt in späteren Kapiteln, in den »Hörsaal«-Kapiteln des Christianopolis-Bildungssystems, die sich mit Kirchengeschichte (72.) – im Zusammenhang mit Geschichte (71.) und (!) Physik (70.) –, mit systematischer Theologie (76.) – im Zusammenhang mit praktischer Theologie (77.) und den Prophezeiungen (78.) – sowie (im Zusammenhang mit dem Kapitel Kirche) dem geistlichen Beruf (83.), der Predigt (84.) und den Sakramenten (86.) beschäftigen.

Generell fällt dabei der Rückgriff auf die Urkirche, neuerlich die Kreuzestheologie und die Hinwendung zum Alten Testament (auch in der Namensgebung für die wenigen näher vorgestellten Exponenten von Christianopolis) auf.

Diese eher rationalen Akzente auf die Glaubensgewißheit werden im 76. Kapitel (Theologie) einerseits aufgenommen durch die Hervorhebung der biblischen Schriften, der »Waffen des unbezwingbaren Wortes«, andererseits relativiert nicht nur durch die Bemerkung, Christus seien die Gehorsamen lieber als »die ständig Diskutierenden«, sondern auch durch die Beschreibung pietistischer Frömmigkeitsformen im 84. und 86. Kapitel.

Wenn damit gewissermaßen eine Reverenz gegenüber dem schwäbischen Pietismus erwiesen wird (was allerdings auch nicht Ausdruck eines Provinzialismus wäre angesichts des alles andere als quietistisch zu charakterisierenden schwäbischen Pietismus), dann hat dies übrigens zusätzlich damit zu tun, daß Andreae seine auf Christianopolis bezogene Theologie wenigstens an einigen Stellen absichern muß gegen Versuche, ihn als ketzerisch hinzustellen. Das gilt etwa für die Feststellung im 84. Kapitel, es habe in Christianopolis nichts gegeben, »was von unserm Augsburger Bekenntnis abweiche«. Auch die zeitgenössisch bekannten harten Strafen (Kirchenbann usw.) werden von ihm nicht dementiert.

*Die Hegemonie ethischer Normen*

Um so mehr, weil ins Utopische wieder zurückkehrend, wird freilich das 80. Kapitel über »Die Jurisprudenz« zu würdigen sein, wenn es dort klipp und klar heißt: »Ich hoffe auf Nachsicht bei den Rechtsgelehrten, wenn ich sage, daß sie bei den Einwohnern von Christianopolis überhaupt nicht gebraucht werden. Denn da sie nach eigenen Gesetzen leben und außer ihrer Jahressteuer keine weiteren gesetzlichen Verpflichtungen haben, wollen sie sich nicht mit fremden Reskripten, Codices ... befassen (...). Denn nichts ist einleuchtender als die Gerechtigkeit (...). Daher gelangen Prozesse und Prozessierer gar nicht zum Zuge. Es ist ganz leicht, einen Streit oder eine kleine Meinungsverschiedenheit zu schlichten ...« In Christianopolis gibt es eben keine Hegemonie juristischer Paragraphen, sondern die ethischer Normen in Übereinstimmung mit den christlichen Geboten.

Parallel hierzu fehlt – und das wäre der in solchem Zusammenhang vielleicht nicht erwartete *dritte* Aspekt – ebenfalls (fast) in keinem Kapitel die genaue Markierung der Gegenfront, also die gegen den Papismus, an einer Stelle aber auch – zusammen mit dem »Antichrist«, also für Andreae mit dem Papst – die gegen Mohammed und die »sonstigen falschen Propheten« (S. 105), was bei Andreae doch überrascht, da er in anderen Texten positiv auf den Koran zu sprechen kommt.<sup>18</sup>

18 Ich denke an das 46. Kapitel von Andreaes ebenfalls 1619 verfaßter Schrift über den »Christlichen Bürger« (Oehlersche Ausgabe von 1878).

*Über die »Engelsburg« und das »Konstantinische Bündnis«*

An dieser Stelle sei ein Exkurs erlaubt:

Es gibt den Text eines Kirchenmannes, der literarisch kaum hervorgetreten ist, und es ist dieser Text, der eine bemerkenswerte Nähe zu Andreae aufweist. Aus dem Nachlaß des Berliner Propstes Siegfried Ringhandt (1963-1971), der aus dem militanten Flügel der Bekennenden Kirche kam und gegenüber der DDR eine kritische Haltung einnahm, hat Friedrich Winter in seiner Biographie Ringhandts den Vortrag abgedruckt, den dieser 1958 bei der Konstituierung des Weißenseer Arbeitskreises – einer Gruppierung evangelischer Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg, die zum Kurs von Bischof Dibelius im Gegensatz stand – gehalten hat, und dort findet sich eine Analyse der kirchlichen und politischen Lage, die davon ausging, daß das »Konstantinische Zeitalter«, wie dies Günter Jacob<sup>19</sup> in seinem als sensationell aufgenommenen Vortrag in der Synode der EKD 1956 formuliert hatte, daß das »Konstantinische Bündnis«, um mit Ringhandt zu sprechen, definitiv zu Ende sei:

»Hätte der Kampf (der Bekennenden Kirche) um die Kündigung der Restbestände des Bündnisses länger angedauert, die Kirche hätte wohl gründlicher zurückgefunden zur Freiheit des Wortes. Gott muß sie wohl immer zu ihren besten Erkenntnissen prügeln, ehe sie bereit wird, das bequeme Dasein im weichen Sessel Konstantins mit der Existenz ›draußen vor dem Lager‹ zu vertauschen (...). Für die westlichen Kirchen bedeutete das auf der ganzen Linie grünes Licht für die Rückkehr zu den Fleischtöpfen Konstantins (...). Wie aber laufen die Dinge bei uns? Das eine kann man dem Kommunismus bescheinigen: Er hat eigentlich von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er das Bündnis als erledigt betrachtet (...). Kühl und sachlich verkündigte er: Sie (die Kirche) wird sterben bei fortschreitender Sozialisierung der Gesellschaft, und als ihm die Sozialisierung nicht schnell genug ging, versuchte er, wenigstens das Sterben der Kirche durch einige Nachhilfe zu beschleunigen. Diese ehrliche, unverblümete nachkonstantinische Haltung ist nicht nur von der des Westens unterschieden, sondern auch von der des Jahres 1918.«<sup>20</sup>

Und wie habe die Kirche hierauf reagiert? Sie habe alte Rechtstitel, die schon abgelaufen waren, hervorgeholt. »Das Leitbild (...) ist – neben dem neidischen Blick auf die westliche Entwicklung – einfach das Bild der staatsrechtlich geschützten Körperschaft des öffentlichen Rechts mit relativer Selbständigkeit der Vertretung: also der Staat im Staate, der sich an dem Wohl und Wehe seiner Umgebung desinteressiert.«

Es ist einleuchtend, daß die von Andreae gebrauchte historische Metapher von der »Engelsburg« als Zitadelle des Klerikalismus 300 Jahre später im Paradigma des nun allerdings konfessionell nicht mehr einseitigen »Konstantinischen Bündnisses« (bis 1918 sprach man von »Thron und Altar«) in Erscheinung tritt – nur mit dem Unterschied, daß es sich zuletzt im »Konstantinischen Bündnis« gewissermaßen um eine Rückzugslinie aus der »Engelsburg« handelt: Nicht mehr wie um 1600 ist es der Klerikalismus, der die letztlich bestimmende Macht ist, gegen den der Verfasser der Utopie von 1619 mit der »Kreuzfahne« des »großen Luther« (S. 108) und der »Strenge der Reformationszeit« (S. 109) auftritt. Jetzt ist es *die*, sind es die Kirchen jeglicher konfessioneller Gestalt, die mit den eigentlich herrschenden Mächten verklammert sind, in

19 Neue Zeit,  
29. Juni 1956.

20 Friedrich Winter:  
Bekenner in zwei Diktaturen.  
Propst Siegfried Ringhandt  
(1906-1991), Berlin 2007,  
S. 199 f. Dort auch das  
folgende Zitat.

der Art, wie es Helmut Gollwitzer Mitte der fünfziger Jahre in einer kämpferischen Synodalrede auf den Punkt gebracht hatte, nämlich in der Art des »Bündnisses von Klerus, Kapital und Generälen«. Aber auch die partielle Übernahme partieller Herrschaftsformen der Welt in die Kirche ist hier in Betracht zu ziehen. Ringhandt sah dies zumal in der weiteren Verrechtlichung, im Ausbau des Ordnungssystems der Evangelischen Kirche – nicht nur im »Westen«, sondern auch im Osten –, »im beharrlichen Zentralismus als Frucht des Rechtsdenkens«<sup>21</sup> (Zentralismus – hatten wir den nicht schon?).

21 Ebenda, S. 200 bzw. 204.

### *Tatsächlich eine evangelische Utopie*

Alles, was ich über die Theologie von Christianopolis und deren Reflexe in unsere Zeit ausgebreitet habe (dies im übrigen noch gar nicht erschöpfend), sollte unterstreichen, daß es sich bei dieser Utopie (wie ich es in meinem Nachwort zur DDR-Ausgabe von 1977 mehr thesenhaft formuliert habe) um eine »evangelische Utopie« handelt. Dies hat allerdings den Widerspruch von Siegfried Wollgast hervorgerufen, zuerst ausführlich in seiner Rezension dieser Ausgabe in der *Deutschen Literaturzeitung* 6/1980, dann in seinem Buch über »Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650«, wo es klipp und klar gegen »Scholtz, Wirth« (gegen Scholtz hatte ich mich ausdrücklich abgegrenzt) heißt: »Das alles hat nichts mit ›evangelischem‹ Utopismus (...) zu tun. Das ›evangelische‹ ist Traditionshintergrund und erscheint in Andreaes Denken vielfach nur als Sprach- und Formenmaterial. Entscheidend ist das Inhaltliche: das Bemühen, die Zeit und die sich in ihr anbahnenden neuen Tendenzen zu erfassen.«<sup>22</sup>

22 Siegfried Wollgast, a. a. O., S. 281.

Das »Inhaltliche« – ich denke, es ist vorstehend ausreichend zur Wirkung gebracht, Wollgast selber hat in seinem Buch hierfür nur fünfundzwanzig Zeilen, von denen die reichliche Hälfte einem Zitat von Richard van Dülmen gewidmet ist, das freilich mehr für meinen Ansatz als den seinigen spricht.<sup>23</sup>

23 Ebenda, S. 295.

In der Tat schließt meine Verortung von Christianopolis als einer evangelischen Utopie nicht aus, daß genau auch der von Wollgast herausgestellte Aspekt seine Gültigkeit hat: »in diesem Buch wird Bacons Kritik an der Wissenschaft seiner Zeit vorweggenommen. Andreae nimmt mit seiner Auffassung der Naturwissenschaft eine Zwischenstellung zwischen Renaissance und Aufklärungs- bzw. klassischer bürgerlicher Philosophie ein.« Er bezeichnet ihn als »– wenn auch gemäßigten – Anhänger der naturphilosophisch-hermeneutischen Tradition«.<sup>24</sup>

24 Ebenda, S. 292.

### *Glaube und Vernunft*

Schließlich ist ja gerade das so bemerkenswert an dieser evangelischen Utopie mit dem Blick »nach vorn«, daß in Christianopolis die Vorstellungen von einer neuen gesellschaftlichen Ordnung mit neuen zwischenmenschlichen Verhältnissen in der Einheit von Glaube und Vernunft, von ethischen Postulaten und wissenschaftlichen Einsichten, von christlichen Geboten und Aufklärung realisiert werden. Von hier aus gesehen haben wir es damit tatsächlich auch mit einer konkreten Utopie zu tun.

Daß Andreae dieses dialektische Verhältnis selber genau so sah, geht daraus hervor, daß er – von Wollgast auch, aber eher statistisch bemerkt

25 Wollgast hat die Rosenkreuzer-Problematik – aufbauend auf einer umfassenden Kenntnis von Primärquellen und Sekundärliteratur – ausführlich analysiert und dargestellt (auf 45 Seiten), und er hat hinsichtlich der Beziehungen Andreaes zu den Rosenkreuzern positive wie kritische Akzente gesetzt. Der positive Akzent (S. 320 f. seines Buchs) ist insbesondere in der Charakterisierung dessens zu entdecken, was die Rosenkreuzer unter »Generalreformation« verstanden. Diese ziele demnach auf drei Bereiche, nämlich erstens auf den »religiös-kirchlichen« im »Kampf vor allem gegen die Papstkirche, aber auch gegen Schwärmertum« und gegen »orthodoxe Verknöcherung und Verengung«, dies im Rückgriff auf den authentischen Luther, dann auf die Auseinandersetzung mit der »Schulphilosophie« und schließlich auf »die Herstellung einer vollkommenen Harmonie zwischen dem (reinen) Christenglauben ursprünglich lutherischer Prägung ... und (der) sich erschließenden Fülle wissenschaftlicher Erkenntnis«. Offensichtlich waren es solche Zielsetzungen, die Andreae, der als Verfasser früher programmatischer Schriften der Rosenkreuzer gilt, in Übereinstimmung mit dieser Bewegung sehen, jedenfalls vor 1619. Andererseits – der kritische Akzent – hebt Wollgast hervor (S. 329): »Schon in seinem ›Turrus Babel‹ (1619) wandte sich Andreae gegen die Rosenkreuzer. Er läßt in 25 Gesprächen Vertreter der Bruderschaft mit Anhängern des Christentums disputieren. Erstere reden von einer weltberühmten Fraternität, träumen von Weltreforma-

– der Arithmetik und Geometrie die »mystischen Zahlen« zuordnet, der Dialektik und Metaphysik die Theosophie, die er abhebt gegenüber der Theologie als Wissenschaft für die Kirche, und besonders eindrucklich der Astronomie die Astrologie und den »Himmel der Christen«, also gewissermaßen den virtuellen.

Die Astronomie (67. Kapitel) ist für Andreae die Wissenschaft, die die Bewegungen am Himmel so erforschen kann, daß sie »ihn in gewisser Weise unserer Erde untertan« mache. Umgekehrt ist Gegenstand der Astrologie (68. Kapitel) »die Beobachtung (...), daß die Gestirne die Welt regieren«. Allerdings gewähre »diese Wissenschaft« nicht unbedingt »sichere Ergebnisse«. Ohnehin sei für die Bürger von Christianopolis »das glücklichste Horoskop (...), Gottes Kinder zu werden«. Schließlich »Der Himmel der Christen« (69. Kapitel): Der Christ »sei mit dem Himmel versöhnt«. Von ihm empfangen er »wie von einem Freunde mancherlei Geschenke«. »Der Himmel lehrt durch Weissagungen und Wunder, er straft die Ungläubigen und läßt die Frommen ihr Haupt erheben, er richtet sie auf in der Hoffnung auf völlige Wiederherstellung.«

In den letzten Sätzen des 69. Kapitels werden die drei gleichsam zusammengefaßt: »Die Bürger von Christianopolis streben vor allem nach dem geistlichen Himmel, den materiellen Himmel lieben sie aber besonders deswegen, weil sie wissen, daß er den Christen immer gnädig gewesen ist und bleiben wird.«

In dieser dialektischen Zuordnung von Astronomie, Astrologie und letztlich Theologie drückt sich sehr präzise aus, was für Andreae prägend ist: in der Astronomie der wissenschaftliche (aufklärerische) Ansatz, in der Astrologie (wie parallel hierzu in den mystischen Zahlen oder auch in der Theosophie und in den der Theologie zugeordneten Prophezeiungen) die Abgrenzung gegenüber der Rosenkreuzer-Vergangenheit (bei durchaus partiell bleibender Identifizierung)<sup>25</sup> und im Himmel der Christen der christliche Status confessionis.

#### *Aufklärerisches in »Christianopolis« – und eine Ausnahme*

Wir haben eingehend den sozusagen weltanschaulichen Charakter der Utopie von 1619 charakterisiert, wir haben die Abgrenzungsproblematik in dem Maße angedeutet, das für sie in meiner Sicht angemessen ist. So verbleiben noch analytische Bemerkungen zum Wissenschaftlichen, Aufklärerischen und zum eigentlich Gesellschaftlichen. Hierbei ist allerdings von vornherein nachdrücklich festzuhalten, daß diese bei Wollgast – unter Berücksichtigung des von ihm weiträumig beobachteten Forschungsmaterials – so bearbeitet und bewertet worden sind, daß man nur immer von neuem Zustimmung signalisieren muß. Zusammenfassend hat Wollgast – und das ist ein für Andreae offenbar spezifisches Moment – treffend »Christianopolis« dahingehend charakterisiert: »Daß in Deutschland zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges eine solche Sozialutopie entstehen konnte (wenn es sich nicht sogar um ein zumindest in den Grundrissen als realisierbar angesehenes Programm [oder eine konkrete Utopie] handelt), verbunden mit einer oppositionellen Weltanschauung, scheint mir für die Kontinuität und den Progreß der Ideen in Deutschland bedeutsam zu sein (...).«<sup>26</sup>

Es genügt die allgemeine Feststellung, dass im wirtschaftlichen Leben der Christianopolis, im administrativen Gefüge, im Bildungs-

system sowie für die Einrichtungen des Alltags (bis hin zum Umweltschutz) solche Institutionen beschrieben werden, die in der Tat als »nach vorn« gerichtet angesehen werden können – mit dem Akzent auf Gleichheit, Kooperation, Konsens. Eine Ausnahme macht allein – von der Garten-Kultur (94. Kapitel) abgesehen – das kulturelle Leben. Hier dominiert das streng Konfessionalistische, Weltanschauliche. Das gilt für die Bibliothek (39. Kapitel). Es gibt dort zwar die »Erzeugnisse zahlloser Geister«, »von verloren geglaubten Werken war nahezu alles vorhanden«, aber letztlich gelte nur oder jedenfalls »am höchsten« die »Autorität der heiligen Schriften«. Daher auch werden in der Druckerei (42. Kapitel) geistliche Schriften und »nur wenige Bücher anderen Inhalts« gedruckt. Analoges gilt für die Musik, nämlich die »geistliche Musik« (85. Kapitel). Luthers Lieder und die Psalmen Davids haben Priorität. Auch die Aufführung von geistlichen Dramen in der Kirche wird erwähnt, so (S. 124) ein »Jeremias« von Thomas Naogeorgus (1508-1563).

Das kulturelle Leben ist zweifellos evangelisch geprägt, aber nicht evangelisch-utopisch, sondern gleichsam konservativ, konfessionalistisch, ohne Perspektive. Es ist diese Problematik, die eigentlich aus dem Rahmen fällt, der für diese Utopie verpflichtend ist, also (in anderen Worten) den Blick nach vorn vermissen läßt. Ich kann hier nur holzschnittartig andeuten, daß wir es hier mit einem Sachverhalt zu tun haben, der für den Protestantismus bis heute problematisch ist, nämlich mit dem Verhältnis zur Kultur im weiteren, zu den Künsten im engeren Sinne. Es hat Zeiten gegeben, etwa vor hundert Jahren, in denen Protestantismus und Kultur identifiziert wurden, im »Kulturprotestantismus«, einer Strömung liberaler Theologie, die den Kern der christlichen Botschaft und des Auftrags der Kirche aufweichte oder mindestens aufzuweichen schien (Stichwort: »Goethepredigten«), und wieder andere, in denen sich beide mehr als fremd waren. Dabei gab es immer eine bedeutende kirchliche »Binnenkultur«, vor allem in der einzigartigen evangelischen Kirchenmusik und zeitweilig in der bildenden Kunst, die in ihren herausragenden Fällen direkt oder indirekt in das gesamt-kulturelle Leben wirkte. Am kompliziertesten war die Lage im Umfeld der Literatur. Abgesehen davon, daß bedeutende Schriftsteller/innen (Gertrud von le Fort, Werner Bergengruen u. a.) überhaupt erst nach ihrer Konversion zu ihrem Rang gefunden hatten (der Universalismus der katholischen Kirche bot ihnen mehr Raum und metaphorisches Material), haben wir relevante »protestantische Literatur« zumeist bei politischem und ideologischem »Gegenwind« zu verzeichnen, in den dreißiger Jahren in der »inneren Emigration« und in der DDR mit Johannes Bobrowski.

Unabhängig von diesem nicht zu ignorierenden Desiderat ist offensichtlich der progressive gesellschaftliche Charakter der Utopie Andreaes deutlich geworden, und gleichzeitig hat im Zusammenhang des weltanschaulich-christlichen und des aufklärerischen Gehalts dieser Utopie das Menschenbild Andreaes seine Spiegelung erfahren.

### *Andreaes Menschenbild*

Besonders hervorstechend hatten wir dieses Menschenbild – trotz anderer angeführter zeitgenössischer Einschränkungen – schon im Bild der Frau erblicken können. Analoges gilt für seinen Begriff der Arbeit: In

tion, glauben an die magische Kraft der Gestirne und an geheimnisvolle Zahlen, schwören vornehmlich aber auf die Goldmacherkunst. Letztere vertreten die Grundsätze der Bibel und ermahnen ihre Gesprächspartner, ihr müßiges Spiel aufzugeben. Während man in der Öffentlichkeit z. T. noch an die Bruderschaft glaubt, erklärt Andreae hier kategorisch, alles sei Spott und Spöterei.«

Der entscheidende Punkt im Absetzen Andreaes von den Rosenkreuzern, der auch, wie schon erwähnt, in der Einleitung von »Christianopolis« zu entdecken ist, besteht darin, daß Andreae sich nicht mehr mit der früh von ihm favorisierten Bruderschaft oder Korporation identifizieren kann, sondern auf größere Gemeinschaften (oder »Gemeinden« wie in Christianopolis) setzt. Daher sehr treffend bei Wollgast (S. 318): »Die Gemeinschaft dieser wahren Christen findet sich in ›Christianopolis‹.« Vgl. auch die folgende Anmerkung.

26 Siegfried Wollgast, a. a. O., S. 299. Hier würde ich nur die Klammer wegnehmen und einen stärkeren Akzent auf das Programmatische legen, um dann eher Wollgasts letzten Satz (ebenda) die Klammer zuzuweisen: »Das beziehe ich auch auf die Bewegung der Rosenkreuzer.«

den Hüttenwerken werden die Menschen »nicht wie Arbeitstiere zu Tätigkeiten gezwungen, in die sie keinen Einblick bekommen« (S. 26). Die Handwerker in der Christenstadt »sind fast alle gebildete Leute« (S. 30). Denn »die Wissenschaften sind ja nicht so kompliziert und die handwerklichen Fertigkeiten nicht so schwierig, daß ein Mensch nicht beides erlernen könnte, *wenn er genug Zeit dafür bekommt*« (Ebenda – von mir hervorgehoben. G. W.). Überdies ist für Christianopolis charakteristisch, daß die Arbeitszeit nur wenige Stunden betrage. »Dennoch wird nicht weniger geleistet als anderswo, denn Nichtstun über die erlaubte Zeit hinaus gilt allen als Schande« (S. 34). Schließlich wird zur Freizeit der Bürger von Christianopolis bemerkt: »Wenn sie die Pflichten der Frömmigkeit, der Gemeindeaufgaben und der Weiterbildung mit Freuden erfüllt und den Leib durch Handwerksarbeit geübt haben, machen sie, der Jahreszeit entsprechend, längere oder kürzere Ruhepausen« (S. 35). Hier sind die Stichworte »Weiterbildung« und »Gemeindeaufgaben« besonders hervorzuheben, Gemeindeaufgaben bzw. »öffentliche Arbeiten« (22. Kapitel), zu denen alle Bürger verpflichtet seien, etwa zum Wachdienst, zur Ernte usw. Daher auch ist *den* Bürgern, die so ihren Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft solidarisch und gewissenhaft nachkommen, ihr »Lohn« in Gestalt ihrer, auch der öffentlichen Würdigung sicher (S. 36), und in den regelmäßig erscheinenden »Jahrbüchern« (41. Kapitel) »wird alles, was redlich und tapfer vollbracht worden ist, als Beispiel und Ansporn« vor Augen geführt.

Ich habe hier den sozusagen weltlichen Kern der Wesensmerkmale von Andreaes Menschenbild herauszuarbeiten versucht. Er steht (soll ich sagen: natürlich?) in engstem Zusammenhang mit der Gotteskindschaft der Bürgerinnen und Bürger der Christenstadt – im Sinne des Wortes aus 1. Kor. 3, 22 f.: »Alles ist euer, ihr aber seid Christi.« Oder anders formuliert, heutig: Andreae geht es offenbar um die Herausbildung aller schöpferischen Kräfte des einzelnen, einerseits um ihrer selbst willen, also um der einzelnen willen – ein Aspekt, den wir im realen Sozialismus allzusehr ignoriert haben. Bei Siegfried Ringhandt finden wir diese Beobachtung (übrigens vor dem von ihm ausdrücklich genannten Hintergrund Sartres und Bennis): »Die Angst vor den Schwindel erregenden Horizonten menschlicher Freiheit treibt zu neuen bergenden Ufern; aber anstatt des Schatzes findet der Mensch nur neue Sklavenhalter (...). So kommt es zu der oft beschriebenen Tatsache, daß der Einzelne eine aussterbende Kategorie ist; jeder Mensch droht von überpersönlichen Institutionen, Organisationen, Interessengruppen und Vereinigungen verschluckt zu werden. Übergreifende Ordnungsmächte strecken die Hand nach ihm aus, bestimmen seine Funktion, verengen seinen Standort, reduzieren seinen Lebensbereich, verkümmern seine Relation zur Welt auf ein Minimum.«<sup>27</sup> Andererseits (und dieser Aspekt wurde realsozialistisch um so schärfer akzentuiert) um der Gemeinschaft willen, und diese weitet sich bei Andreae allerdings zur »Gemeinschaft der Heiligen«, der Gläubigen.

In der Herausarbeitung gerade auch der von Wollgast so gewürdigten (sagen wir verkürzt) aufklärerischen Züge im Menschenbild von Andreae wären wir letztlich also doch wieder im Reich der evangelischen Utopie gelandet (Utopie zusätzlich auch insofern, als vieles, was hier zu zitieren war, einer hedonistischen und Spaßgesellschaft besonders fremd klingen wird). Allerdings sind wir genau an der Stelle gelandet,

27 Friedrich Winter, a. a. O., S. 208. In seinem Buch »Marxismus und Glauben« (Hamburg 2006, S. 302 bzw. S. 306) hat Uwe-Jens Heuer die Notwendigkeit betont, eine »marxistische Konzeption des Einzelmenschen« auszuarbeiten. Die theoretischen Aussagen seien nicht der ganze Marxismus. »Er umfaßt auch Wertungen, Appelle, Forderungen (...) Marxist zu sein ist nicht nur die Wahl einer Theorie, sondern zugleich die Wahl einer Haltung. Insofern wendet der Marxismus sich an den Einzelnen.«

wo sich eine evangelisch-utopische Vorstellung mit der sozialistischen »konkreten Utopie«, jenseits des Realsozialismus, trifft, nämlich in der bewußten Frontstellung gegen die »Diktatur des Kapitals« (Karl Marx), gegen die »Monster« der Finanzmärkte (Horst Köhler) und in der Einheit des Ringens um neue gesellschaftliche Verhältnisse mit der *in ihnen* respektierten Würde des einzelnen.

### III

#### *Wo ist die Kraft?*

Vor diesem Hintergrund und mit dem Blick auf den Ausgangspunkt stellt sich offenbar die alte russische revolutionäre Frage: Wer ist die Kraft? Wo ist die Kraft?

Für Andreae ist dies keine Frage. Seine ganze Schrift ist schon die Antwort: Es gibt diese Kraft als eine transzendente, in einem institutionell und konfessionell gereinigten (»generalreformierten«), allein auf das Kreuz Jesu Christi, auf seine Nachfolge und auf die Urkirche orientiertes, die johanneische Vision von einem »neuen Himmel und einer neuen Erde« (Offenbarung 21, 1) ernstnehmendes Christentum, das dann so viel Inspiration zu vermitteln vermag, daß es tatsächlich zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen kommen kann. Es ist also die Antwort der evangelischen Utopie in einer Zeit, die in dem überschaubaren Raum weltanschaulich noch homogen ist, aber eben konfessionell zersplittert und machtpolitisch deformiert. Insofern ist die Antwort gleichbedeutend einem Appell zum: Ändert euch, aber auch die Verhältnisse. Wir wissen, was aus dem Appell geworden ist.

Was nun die zeitgenössische Situation und ihre »konkrete Utopie« angeht, steht die Frage im Raum, und sie bleibt wohl auch dort stehen. Denn so brennend akut sie ist, so wenig steht eine Antwort bereit. Wahrscheinlich kann sie überhaupt erst bereitstehen, wenn die Vorfrage beantwortet ist, die nach dem Inhalt der »konkreten Utopie«, die auch alles einschließen müßte, was sich an neuen Herausforderungen auch durch die Natur sowie in der Natur (Klimaveränderungen, Artenschutz, Nahrungsmangel etc.) ergeben hat. Wie lautet der letzte Satz in Ernst Blochs »Freiheit und Ordnung« – im letzten Abschnitt »Marxismus und Antizipation«? »Homo homini homo: *das also meinen die Grundrisse einer besseren Welt, was die Gesellschaft angeht.* Und nur, wenn das zwischenmenschliche Verhältnis geziemend in Ordnung gekommen ist, das Verhältnis zum Menschen, dem Gewaltigsten, was lebt, kann auch eine wirklich konkrete Vermittlung beginnen mit dem Gewaltigsten, was nicht lebt: mit den Kräften der anorganischen Natur.«<sup>28</sup>

Die Antworten auf beide Fragen sind im Augenblick so offen wie es die Zukunft ist. Die Antworten sind deshalb offen, weil die Mauern, die die globalisierten Konzerne und die ebenso weltweit agierenden Finanzmärkte, diese anonymen, sich absolutistisch gebenden Mächte, errichtet haben, immer höher und massiver geworden sind.

Doch freilich: War es in der hermetisch abgeschlossenen sowjetischen Gesellschaft nicht so, daß es plötzlich sogenannte »jähne Wendungen« gab, die völlig unerwartet kamen und auch zu völlig unerwarteten Entwicklungen führten? Sind denn heute solche jähne Wendungen, dann freilich ganz anderer Art, unmöglich – oder waren wir kürzlich womöglich schon nahe daran?

28 Ernst Bloch, a. a. O., S. 191. In Nr. 81 von »Lettre International«, der Jubiläumsausgabe zum zwanzigjährigen Bestehen (»So leben wir heute«), schreibt Friedrich Dieckmann im Anschluß an Kants berühmten Aufsatz »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht« über »Geschichtsprognosen, Weltbürgerliche Absichten und die Weltregenten des Eigennutzes« (S. 21) u. a.: »Die Abwendung vorhersehbarer Katastrophen (Erderwärmung, Erschöpfung der Weltvorräte an Rohstoffen, Energieträgern, Wasser und Nahrungsmitteln) setzt die Verknüpfung wirksamer politischer Vorgaben mit marktwirtschaftlichen Mechanismen voraus, die dem Primat der Politik unterstellt werden. Der Markt, die Börse, diese Weltregenten eines abstrakten Eigennutzes, haben sich in den neunziger Jahren mit einer ideologischen Fortschrittsaura umgeben, als wären sie die Erben des Politbüros. Wie sie sich, gesteuert (...) von Funktionären der Renditenoptimierung, absolut setzten, sind sie Wegbereiter jenes Welt-Krieges um Wasser, Luft, Erdöl, Nahrungsmittel, der am Himmel der Geschichte aufscheint«.

## ULRICH BUSCH

# Finanzmarktkrise und Finanzmarktkapitalismus

### *Subprime-Krise und Bankenkrise*

Angefangen hat alles auf dem Immobilienmarkt in den USA. Nachdem im Frühjahr 2000 die New-Economy-Blase an den Aktienmärkten geplatzt war, orientierten sich viele Anleger auf Immobilien. Die steigende, zum Teil spekulative Nachfrage nach Grundstücken, Häusern und Wohnungen bewirkte einen kräftigen Preisanstieg: Binnen fünf Jahren stiegen die Häuserpreise um 100 Prozent. Dies zog eine Aufstockung der Hypotheken nach sich sowie einen Anstieg der Konsumausgaben, finanziert über Schulden. Gestützt auf den privaten Konsum prosperierte die US-Wirtschaft kräftig. Über den Import ausländischer Güter und die Verschuldung im Ausland wirkte dies zugleich belebend auf die Weltwirtschaft.

Solange die Immobilien im Wert stiegen, funktionierte dieses Modell. Millionen von US-Bürger gelangten auf diese Weise in den Besitz eines Eigenheims, wenn auch belastet mit Hypotheken. Darunter auch viele Schuldner von nur geringer Kreditwürdigkeit, welche darauf hofften, ihre Schulden aus der Wertsteigerung ihrer Häuser bezahlen zu können. Dies erwies sich jedoch von dem Moment an als Illusion, als die Immobilienpreise nicht mehr weiter anstiegen, sondern fielen. Inzwischen schulden viele Hausbesitzer den Banken mehr Geld als ihr Haus noch wert ist. Die Schulden müssen aus den laufenden Einkommen bedient werden, welche dafür häufig nicht reichen. Kredite werden fällig oder nur noch zu weniger günstigen Konditionen gewährt. Ein Verkauf der Immobilien ist nur unter Inkaufnahme von Verlusten möglich. Kurz: Der Immobilienmarkt in den USA ist kollabiert.

Dass es nicht dabei blieb, sondern dass sich die US-Immobilienmarkt- und Hypothekenkrise zu einer weltweiten Banken- und Finanzmarktkrise auswuchs, erklärt sich nicht zuletzt aus der Art und Weise der Immobilienfinanzierung. Im Unterschied zu früher erfolgt heutzutage die Kreditierung des Immobilienerwerbs über *strukturierte Bankprodukte* und über eigens dafür gegründete *Zweckgesellschaften*. Dem liegt die Praxis der *Verbriefung* von Krediten und der Platzierung entsprechender »Finanzpakete« am globalen Kapitalmarkt zugrunde. Zur Finanzierung dieser Transaktion emittieren die Banken kurzfristige Anleihen, *asset backed commercial paper* (ABCP), welche weltweit gehandelt werden. Mit der Krise am Subprime-Markt im Sommer 2007 gerieten auch diese Anleihen in den Strudel fallender Preise (Kurse). Darüber hinaus kam es am Interbankengeldmarkt zu einer Vertrauenskrise, so dass viele Banken in

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, TU Berlin, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik sowie zur Entwicklung in Ostdeutschland, zuletzt in UTOPIE kreativ: Kein Ende der Arbeitslosigkeit durch Bevölkerungsrückgang, Heft 208 (Februar 2008).

Liquiditätsprobleme gerieten. Ende 2007 schließlich weitete sich die Liquiditätskrise auf ernst zu nehmende Solvenzaspekte aus (vgl. Weber 2008b). Die Folge war, dass im Frühjahr 2008 das Kreditgeschäft einbrach. Damit war aus der US-Immobilienmarktkrise endgültig eine Banken- und Finanzmarktkrise geworden, welche faktisch alle Akteure und Finanzinstrumente erfasst. Indizien dafür sind sinkende Umsätze im Kreditgeschäft, hohe Abschreibungen bei hypothekebesicherten Wertpapieren, Kreditausfälle am Subprime-Markt, aber auch bei Konsumenten- und Kartenkrediten sowie Bankenfusionen und -zusammenbrüche, auch wenn hier das Schlimmste durch das Eingreifen von Zentralbank und Staat bisher verhindert werden konnte.<sup>1</sup>

Die potenziellen Verluste und bilanziellen Wertberichtigungen summieren sich bis heute auf fast eine Billion US-Dollar. Das ist viel, auch wenn es sich dabei, gemessen am Weltfinanzvermögen, um nicht viel mehr als ein halbes Prozent handelt. Der größte Teil davon entfällt auf Abschreibungen auf Wertpapiere und schlägt sich in einer entsprechenden Reduktion der Börsenkapitalisierung der Banken nieder. Geschädigt werden dadurch vor allem die Aktionäre der Banken und Anleger am internationalen Kapitalmarkt, die für hypothekebesicherte Wertpapiere von US-Emittenten zu hohe Preise bezahlt haben. Mitunter aber trifft es auch Steuerzahler, dann nämlich, wenn der Staat oder staatseigene Kreditinstitute für den Schaden aufkommen.<sup>2</sup> Die direkten Verluste aus den Subprime-Hypothesen schätzt der IWF auf 45 Milliarden US-Dollar. Sie gehen zulasten von Banken. Andere Rechnungen beziffern die Schadenssumme höher: im Worst-Case-Szenario könnten es bis zu 200 Milliarden US-Dollar werden (Sommer 2008). Hinzu kommen Ausfälle bei Hypothesen, Unternehmenskrediten und Kartenkrediten, ferner Zwangsversteigerungen<sup>3</sup> und andere Negativeffekte in den USA, die aber kaum auf die internationalen Finanzmärkte durchschlagen werden.

Viel gravierender ist, dass die Immobilien- und Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft der USA ausstrahlt und den Konjunkturverlauf beeinflusst. Wie schon in der Vergangenheit<sup>4</sup>, so wird auch hier evident, dass Finanzmarktkrisen im Finanzkapitalismus keine bloß peripheren Störungen darstellen, sondern durchaus den Nerv des Systems treffen. Banken und Finanzmärkte bilden das Steuerungszentrum des gegenwärtigen Kapitalismus. Kommt es hier zu Funktionsstörungen, so hat dies Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Insofern ist der Hauptschaden, der durch die Finanzmarktkrise entsteht, in den Folgen der sich dadurch verschärfenden Wirtschaftskrise zu sehen, in den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die mit der Krise auftreten. Dies gilt sowohl für die USA, wo die Rezession bereits eingesetzt hat, als auch für die übrige Welt.

*Handelskapitalismus, Industriekapitalismus, Finanzkapitalismus*  
Geld ist für die bürgerliche Gesellschaft von jeher von essentieller Bedeutung. Als »letztes Produkt der Warenzirkulation« ist es zugleich die »erste Erscheinungsform des Kapitals« (Marx 1969, S. 161).<sup>5</sup> In ihm manifestiert sich der »Geist des Kapitalismus« (Weber 1920).

1 »Die Banken spekulierten darauf, dass sie zu groß waren, als dass der Staat sie würde in Konkurs gehen lassen. Die Tatsache, dass die englische Zentralbank Northern Rock aus der Bredouille half und die US Federal Reserve Bear Stearns mit 30 Mrd. Dollar rettete, zeigt wie richtig sie damit lagen.« (Hans-Werner Sinn in: Börsen-Zeitung vom 26. 4. 2008).

2 In Deutschland ist dies bei der IKB der Fall, für deren Spekulationsverluste die staatseigene KfW einsprang. In bestimmtem Maße gilt dies auch für die Verluste der Landesbanken, deren Umfang aber noch nicht bekannt ist.

3 Im Jahr 2007 wurde in den USA über 1,5 Millionen Häuser und Wohnungen ein Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg von 53 Prozent. Für 2008 wird mit einem weiteren Anstieg der Vollstreckungsverfahren gerechnet (FAZ, 7. 5. 2008).

4 Vgl. dazu Bundesministerium der Finanzen (BMF): Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: Monatsbericht April 2002, S. 47-65.

5 »Das Kapital kömmt zunächst aus der Zirkulation her, und zwar vom Geld als seinem Ausgangspunkt (...) Geld ist die erste Form, worin das Kapital als solches erscheint« (Marx 1983, S. 178).

6 Vgl. dazu Behrens 1981, Bd. 1, S. 70 ff.; Kuczynski 1965, S. 5 ff.

7 »Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.« (Hilferding 1955, S. 335).

8 Der von Hilferding und Lenin verwendete Begriff des Finanzkapitals ist vom umgangssprachlichen Verständnis zu unterscheiden. So fasst Wikipedia unter »Finanzkapital« wenig präzise die Gesamtheit der Banken, finanziellen Kapitalgesellschaften und Aktienhaber, Institutionen und Personen also, die eine Rendite erzielen, indem sie Geld verleihen bzw. anlegen oder vergleichbare Kredit- und Geldgeschäfte tätigen. In einer noch weiter gehenden Bestimmung wird jegliches Geldvermögen bzw. jede Geldforderung als Finanzkapital definiert.

Dies zeigte sich zuerst im *Handelkapitalismus* des 17. und 18. Jahrhunderts, im Kaufmanns- und Wucherkapital (vgl. Sombart 1916). Für die wirtschaftstheoretischen Systeme jener Zeit, *Monetarismus* und *Merkantilismus*, welche im Geld den Reichtum *an sich* erblickten, galt daher uneingeschränkt: Kapitalismus *ist* Geldwirtschaft.<sup>6</sup>

Im 19. Jahrhundert prägte sich der monetäre Charakter der Wirtschaft weiter aus. An die Stelle von Münz- und Papiergeld treten jetzt jedoch Kredit und Kreditgeld: Die *Kreditwirtschaft* wird zur adäquaten Geldform des *Industriekapitalismus*. Institutionell dokumentiert sich dies im Aufstieg der Banken (vgl. Bagehot 1920). Dabei zeichnen sich gegen Ende des Jahrhunderts bereits länderspezifische Unterschiede ab. So waren für Deutschland ordnungspolitisch *Kartelle* und *Korporationen* typisch; als Finanzierungsform überwog der langfristige Kredit. Das Bankwesen wurde nach dem *Universalbankprinzip* organisiert und orientierte sich am *stakeholder-Modell* nachhaltiger Gewinnerzielung und Kapitalvermehrung. Dem gegenüber entwickelten sich die USA zum »Land der Trusts und der anarchischen Konkurrenz« (Windolf 2005, S. 13), wozu gehört, dass sich Unternehmen vor allem am Kapitalmarkt über Aktien und Anleihen finanzieren und das *shareholder-value-Prinzip* vorherrscht.

Beide Finanzierungsmodelle, das deutsche beziehungsweise kontinentaleuropäische bankbasierte und das angloamerikanische marktorientierte System, bildeten eigene Strukturen, Institutionen und Instrumente heraus, die vom Grundsatz her bis heute gelten. Anfangs besaß das bankbasierte System die größere Strahlkraft und wurde daher, ausgehend von Deutschland, in anderen Ländern (Italien, Skandinavien, Mittel- und Osteuropa) kopiert. Heute jedoch gilt das marktorientierte System als das für die Kapitalverwertung effizientere. Die Entwicklung tendiert daher gegenwärtig stärker in diese Richtung.

Anfang des 20. Jahrhunderts erreichte der Industriekapitalismus eine neue Stufe. Maßgebend hierfür war die *elektrotechnische* Revolution, und die damit einhergehende Konzentration und Zentralisation von Kapital. Parallel dazu erfolgte die wirtschaftliche und machtpolitische Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum *Finanzkapital*. Rudolf Hilferding hat diesen Prozess 1910 eingehend beschrieben<sup>7</sup>; Wladimir I. Lenin führte diese Analyse 1916 fort und konstatierte ein »Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals«, woraus er »die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie« in der Gesellschaft ableitete. Ferner »die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle »Macht« besitzen« – als wichtigstes Merkmal des »Imperialismus« (Lenin 1981, S. 242).

Mit der Herausbildung des Finanzkapitals<sup>8</sup> und dessen Omnipotenz in Wirtschaft und Gesellschaft wandelte sich der Industriekapitalismus zum *Finanzkapitalismus*. Ausgehend von den oben genannten Unterschieden führte dieser Wandel zu *zwei Varianten* finanzkapitalistischer Regulation: Einmal beteiligen sich die Geldkapitalbesitzer durch den Kauf von Aktien *direkt* am industriellen Kapital. Die Rolle der Banken ist auf die Vergabe von Zirkulationskrediten und die Organisation der Geldzirkulation beschränkt. Dies ist für Großbritannien und die USA typisch. Im zweiten Fall dage-

gen verfügen die Banken über das Geld der Anleger (Sparer) und verwandeln dieses *indirekt*, als zinstragendes Geldkapital, in industrielles Kapital. In der Folge verschmelzen Bank- und Industriekapital miteinander und es bildet sich eine von den Banken dominierte Wirtschafts- und Machtstruktur. Diese Variante war für Deutschland typisch. Praktisch bedeutete dies die Kontrolle der Wirtschaft durch Großbanken, zugleich aber auch deren geld- und kreditgesteuerte Regulierung und die Tendenz zur »Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung« (Hilferding 1915, S. 322). Der damit beschrittene Entwicklungspfad stellte zugleich einen Baustein für die Formierung des *Rheinischen Kapitalismus* nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Rückblickend lässt sich einschätzen, dass sich das kredit- und bankbasierte Modell für den forcierten, politisch gesteuerten und kontrollierten Aufholprozess nach dem Zweiten Weltkrieg als außerordentlich effizient erwies. Mit der Öffnung der Märkte jedoch, der Liberalisierung des Güter-, Personen- und Kapitalverkehrs, der Durchsetzung frei konvertierbarer Währungen und flexibler Wechselkurse, kommt es zunehmend zu »Reibungsverlusten«. Zunächst international, dann aber auch national. Als Reaktion hierauf erfolgten wirtschaftspolitische Veränderungen, die sich, so kompliziert und vielgestaltig sie im Einzelnen auch sein mögen, im Ganzen als Aufwertung *marktlicher* Koordinierungsmechanismen begreifen lassen. Damit einher geht die Umgestaltung der Produktionsweise von der fordistischen Massenproduktion zu einem postfordistischen Modell flexibler Fertigung diversifizierter Qualitätsprodukte (vgl. Abelshausen 2005, S. 432 ff.). Zu dessen Merkmalen gehört, dass immer größere Bereiche der gesellschaftlichen Produktion »marktförmigen Steuerungsmechanismen und Finanzkalkülen« (Dörre, Brinkmann 2005, S. 86) überantwortet werden.

Der übergreifende gesellschaftliche *Umbruch*<sup>9</sup> beginnt in Deutschland Anfang der 1970er Jahre. Er wird durch den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1971-1973) und den Umbau der internationalen Finanzarchitektur sowie den geldpolitischen Kurswechsel der Deutschen Bundesbank (1973)<sup>10</sup> erheblich forciert. Sowohl die Politik während der Ära Kohl (1982-1998) als auch die *Agenda 2010* sind Versuche, den Umbruch zu bewältigen und interessengeleitet zu gestalten. Dazu gehört, dass das »deutsche Modell« des Finanzkapitalismus gegenüber dem angloamerikanischen Modell zunehmend an Boden verliert oder, anders ausgedrückt, sich die kapitalmarktbestimmte Variante des Kapitalismus im globalen Maßstab durchsetzt. Das heißt, in Deutschland vollzieht sich seit den 1980er/1990er Jahren der Übergang zum Finanzmarktkapitalismus.

#### *Das aktuelle Modell: Finanzmarktkapitalismus*

Gegenüber dem traditionellen Finanzkapitalismus, wie er sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch den Zusammenschluss von Bank- und Industriekapital herausgebildet hat, aber auch gegenüber dem bank- und kreditbasierten, korporatistischen und staatlich regulierten Kapitalismus der fordistischen Ära der 1950er bis 1970er Jahre verkörpert der gegenwärtige Finanzmarktkapitalismus eine

9 Zum Umbruch als gesamtgesellschaftlichem Veränderungsprozess vgl. Martin Baethge, Peter Bartelheimer: Deutschland im Umbruch, in: Martin Baethge et al. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 11-36.

10 Die Deutsche Bundesbank ging 1973 zu einem neomonetaristischen, allein auf die Sicherung der Geldwertstabilität ausgerichteten und sich vor allem an der Entwicklung der Geldmenge orientierenden Kurs über. (Vgl. von Hagen 1998, S. 456 ff.)

neue Qualität. Sein Auftreten markiert »eine weitere Stufe in der Evolution kapitalistischer Produktionsregime« (Windolf 2005, S. 52). Ausschlaggebend dafür ist eine veränderte institutionelle Konfiguration: Die ökonomischen Beziehungen werden hier nicht mehr durch den *Kredit* als einem Vertrag zwischen Bank und Unternehmen dominiert, sondern durch die *Aktie* und damit durch die Funktionsweise des Kapitalmarktes (Börse). Zentrale Akteure in diesem System sind mithin nicht mehr Kreditbanken, sondern Aktionäre, insbesondere institutionelle Anleger wie Investmentgesellschaften, Pensionsfonds und Versicherungen. Zentrales Kontrollinstrument sind jetzt die Eigentumsrechte der Aktionäre, welche sich bei ihren Entscheidungen von kurzfristigen Renditeerwartungen und den Analysen internationaler Rating-Agenturen leiten lassen. Dem entspricht der Shareholder-Value-Grundsatz. Zugleich trägt diese Entwicklung ausgesprochen globale Züge und ist folglich mit einer *Entnationalisierung* des Kapitals wie der Kapitalver- und -entwertung verbunden.

Ein weiteres Merkmal betrifft die Rolle, den Einfluss und die Machtbefugnisse des Staates und der nationalen Finanzpolitik, welche im Finanzmarktkapitalismus geringer werden. Mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen, der Internationalisierung der Märkte, der Emission immer neuer Finanzprodukte (Derivate) und dem Trend zur Verbriefung von Verbindlichkeiten erfolgt eine Transformation des Finanzmechanismus, wodurch den nationalstaatlichen Steuerungsaktivitäten und finanzpolitischen Instrumenten zunehmend der Boden entzogen wird. Eine Einschränkung der Rolle des Geldes und monetärer Instrumente generell ist hingegen nicht zu beobachten. Eher trifft das Gegenteil zu, auch wenn die Machtposition bestimmter Institutionen wie der Kreditbanken, der nationalen Finanzaufsicht und des Fiskus gegenüber früher geschwächt erscheint. Die starken Positionen haben nunmehr die Akteure an den internationalen Finanzmärkten inne, insbesondere große und global operierende Kapitalgesellschaften und institutionelle Anleger. Dies wird auch quantitativ sichtbar, indem die Finanzvolumina, die von diesen Akteuren bewegt und kontrolliert werden, den Umfang des Budgets, mitunter sogar des Nationaleinkommens, mancher Staaten übersteigen.

Diese Veränderungen sind weit mehr als ein bloßer Modellwechsel. Sie bestimmen das Produktions- und Akkumulationsregime, die Art und Weise der Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion, das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Mit ihnen geht eine Machtverschiebung einher, sowohl innerhalb einzelner Staaten und Staatengruppen als auch zwischen diesen, zwischen Institutionen, Interessengruppen, Branchen und sozialen Schichten. Die Stichworte hierfür lauten *Globalisierung*, nicht nur des Handels, sondern auch der Produktion, *Liberalisierung*, *Deregulierung*, *Privatisierung* und *Kommerzialisierung* sowie *Monetarisierung* so ziemlich aller Bereiche der Gesellschaft.

Es handelt sich hierbei um eine Transformation der *gesamten* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Im Lichte des Varieties-of-Capitalism-Ansatzes erscheint dieser Umbruch als *Übergang* von einer »koordinierten« zu einer »liberalen« Marktökonomie (vgl.

Hall, Soskice 2001). Im Kontext komparativer Untersuchungen, welche zwischen kontinentaleuropäischen und angloamerikanischen Systemen des Finanzkapitalismus unterscheiden, ist die Rede von einer erdrutschartigen Gewichtsverschiebung, welche dazu führt, dass ersteres System von der Weltkarte verschwindet und letzterem die Alleinherrschaft zufällt (vgl. Albert 1992). Diese Transformation impliziert einen Bedeutungszuwachs des Geld- oder zinstragenden Kapitals gegenüber dem produktiven Kapital. Die Spezifik des Finanzkapitals besteht darin, dass es, obwohl es im Wirtschaftsprozess agiert, *Geldkapital* ist – auch seiner Verwertungslogik nach, was in der Marxschen Formel  $G-G'$  seinen prägnantesten Ausdruck findet. Indem das Geldkapital im Finanzmarktkapitalismus zur bestimmenden Größe wird, wird der volkswirtschaftliche Gesamtprozess der Verwertungslogik des Geldes unterworfen. Das Geld und der Zinsmechanismus bestimmen nunmehr die Funktionsweise des Kapitalkreislaufs *insgesamt*, das Akkumulationsregime der Gesellschaft. Damit sind eine Reihe substanzieller Veränderungen im Verwertungsprozess des Kapitals verbunden. So kommt es zu einer *relativen* »Entkopplung von Produkt- und Kapitalmarkt« (Kühl 2003, S. 78) beziehungsweise zu Erscheinungen der »Verselbständigung« der monetären gegenüber der realwirtschaftlichen Sphäre.<sup>11</sup> Ausdruck dessen ist eine Ausdifferenzierung der Finanzsphäre in unterschiedliche Märkte, wovon die abgeleiteten, die sekundären und tertiären Segmente, ein immer größeres Gewicht erhalten.

In seiner ursprünglichen Bedeutung umfasst der Begriff *Finanzmarkt* den *Geldmarkt* als Markt für kurzfristige Transaktionen von Liquiditätstiteln und den *Kapitalmarkt* als Markt für langfristige, vor allem der Investitionsfinanzierung dienenden Geldanlagen beziehungsweise Kredite. Heute fächert sich bereits der Geldmarkt weit auf, indem bei den Liquiditätstiteln zwischen verschiedenen Liquiditätsgraden und Fristen unterschieden wird. Hinzu kommen die Devisen- und Sortenmärkte, welche den *Währungsmarkt* bilden.<sup>12</sup> Zum Kapitalmarkt zählen neben den (1) klassischen Kreditmärkten für Unternehmen, Regierungen und Privatpersonen, (2) der *Primärmarkt* für Wertpapiere, auf dem sich Unternehmen und Regierungen durch die Ausgabe von Aktien oder die Auflage von Anleihen über die Börse direkt beim Publikum finanzieren, (3) der bedeutend größere *Sekundärmarkt* für Wertpapiere, auf welchem bereits emittierte Papiere gehandelt, be- und verliehen sowie besichert werden, und (4) der Markt für abgeleitete Finanzprodukte (*Derivate*), welche sich vor allem auf Forderungen und Verbindlichkeiten in der Zukunft beziehen beziehungsweise der Immunisierung gegen Zins- und Wechselkursänderungen dienen (vgl. Huffs Schmid 2002, S. 25).

Auf diese Weise entsteht neben dem primären, produktiven Verwertungsprozess ein sekundärer, spekulativer und größtenteils fiktiver Prozess, der sich durch die Emission und Zirkulation von Derivaten »reflexiv vervielfältigt« und inzwischen den primären Verwertungsprozess volumenmäßig übersteigt (Deutschmann 2005, S. 63).<sup>13</sup> Es ist dies ein Phänomen, worin sich die fortgeschrittene Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion offenbart, aber auch der Vorrang des Rentiers und Finanzinvestors gegenüber dem produktiven Unternehmer (vgl. Deutschmann 2006; Fiehler 2000). Damit wer-

11 Inwieweit eine solche Verselbständigung der Geldsphäre gegenüber der realen Ökonomie möglich ist bzw. tatsächlich zu konstatieren, ist umstritten. Vgl. dazu Heine, Herr 1996.

12 Allein hier belaufen sich die täglich getätigten Umsätze auf eine Summe von 1,5 Billionen US Dollar, ein Vielfaches des transnationalen Güterhandels.

13 Bereits 1998 war zu lesen, dass durchschnittlich jeden Tag 1.230 Mrd. US-Dollar »um die Welt« rasen. »Lediglich drei Prozent davon dienen der Abwicklung des Warenverkehrs. Die übrigen 97 Prozent sind reine Finanztransfers, Kapital, das vor allem auf der Suche nach kurz- oder langfristigen Anlagemöglichkeiten ist.« (BVI 1998, S. 41)

14 Während die Wirtschaftsleistung in der Welt gegenwärtig auf rund 60 Billionen US-Dollar geschätzt wird, liegt die globale Aktienmarkt-Kapitalisierung bei ca. 55 Billionen US-Dollar, handelbare Schuldverschreibungen sind etwa 70 Billionen US-Dollar wert und das Volumen der Derivate umfasst nominal 1 600 Billionen US-Dollar, das 27-fache der realen Wirtschaftsleistung (Berliner Zeitung 1. 2. 08).

15 Der Aktienhandel an den europäischen Wertpapierbörsen wuchs von 1990 bis 2000 auf das 13,6-fache, von 1,4 Billionen US-Dollar auf 19,1 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig erhöhte sich in der Europäischen Union die Marktkapitalisierung (der Kurswert der Aktien) von 65 Prozent auf 161 Prozent, in der Eurozone sogar von 21 Prozent auf 89 Prozent des BIP. In Deutschland lag dieser Wert 1999 bei 67,8 Prozent (ECB 2001, S. 10; Beckmann 2007, S. 55). Pro Tag werden an den Weltbörsen mehr als zwei Billionen US-Dollar umgesetzt.

den Erscheinungsformen des »fiktiven Kapitals« sowie Finanzinnovationen und Derivate wie Optionen, Swaps, Futures, Junkbonds, diverse Commercial Paper, Asset Backed Securities (ABS), Discount-, Basket-, Index und Bonus-Zertifikate, Aktienanleihen usw. zu Schlüsselgrößen für die Finanzmärkte und ihre Bewegungen, Kursänderungen usw. zu Auslösern ökonomischer Ver- und Entwertungsprozesse.<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang kommt es zu eklatanten Verschiebungen in den Macht- und Entscheidungsstrukturen: Aktionäre und Finanzinvestoren gewinnen an Einfluss, ebenso Analysten, Rating-Experten und Fondsmanager, während Industrie-Manager, Kreditbanker und Finanzpolitiker an Macht, Einfluss und Ansehen verlieren.

Trotz teilweise rückläufigen externen Finanzbedarfs steigt die Abhängigkeit der Unternehmen von den globalen Finanzmärkten. Dabei tritt die Investitionsfinanzierung gegenüber dem spekulativ ausgerichteten *Finanzinvestment* in den Hintergrund. Dies tangiert selbstverständlich die Einkommensströme, mehr aber noch die Vermögensstruktur. So kommt es zu massiven Vermögensumschichtungen und zu einer strukturellen Neuordnung der betrieblichen und privaten Finanzvermögen. Dabei spielen spekulative Verwertungsprozesse, die zur Reichtumskonzentration beitragen, aber auch enorme Entwertungen in und durch Finanzkrisen, wie sie früher nur durch Kriege ausgelöst wurden, eine zunehmende Rolle. Zugleich wird die *finanzielle* Vermögenssituation der privaten Haushalte, deren Liquidität und Performance, immer mehr zur bestimmenden Größe für die soziale Differenzierung und Polarisierung in der Gesellschaft, für gesellschaftlichen Auf- und Abstieg wie für Wohlfahrt und Sicherheit.

### *Empirische Befunde*

Die sich gegenwärtig vollziehende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zum Finanzmarktkapitalismus lässt sich an einer Reihe von Einzelprozessen und Phänomenen festmachen:

- Zwischen den Hauptwährungen der Welt (US-Dollar, Euro und Yen) besteht ein Regime *flexibler Wechselkurse* als Funktionsbedingung für globale Devisen- und Finanzmärkte. Dies impliziert die Möglichkeit hoher Volatilität und extremer Kursschwankungen und macht das System anfällig für Krisen und spekulative Angriffe.

- Der internationale Kapitalsverkehr ist *vollständig liberalisiert*, Kapitalverkehrskontrollen sind abgeschafft.

- Das Handelsvolumen auf den internationalen Finanzmärkten hat sich explosionsartig vergrößert. Es übersteigt den Umfang des Güteraustauschs um ein Vielfaches.<sup>15</sup>

- Damit verbunden ist eine *qualitative* Veränderung, insbesondere die gewachsene Integration und globale Vernetzung der Märkte, aber auch die Veränderung der gehandelten Produkte, welchen heute überwiegend Derivate und Finanzinnovationen sind.

- Das Handelsvolumen der Finanzinnovationen wächst rasant und übersteigt das Volumen der Aktien und Anleihen. Zwischen 1987 und 1998 erhöhte sich das nominale Volumen der Derivate von 1,6 auf 65,9 Billionen US-Dollar. Das ist ein Anstieg auf das Vierzigfache! Für 2001 wird nach Angaben der *Bank for International*

*Settlements* (BIS) das Gesamtvolumen aller Finanzderivate auf mehr als 120 Billionen US-Dollar geschätzt. Arbeitstäglich werden an den Börsen Derivate im Umfang von 2 209 Milliarden US-Dollar gehandelt. Dies entspricht einem Jahresumsatz von 696 Billionen US-Dollar. Da nur rund ein Fünftel des Derivatehandels an den Börsen abgewickelt wird, vier Fünftel aber außerbörslich, ist der Gesamtumfang noch wesentlich höher.<sup>16</sup>

- Kein anderer Markt ist, was die gehandelten Produkte anbetrifft, derart innovativ wie die Finanzmärkte. Finanzmarktinnovationen verdrängen mehr und mehr die klassischen Geld- und Kapitalmarkt-titel.

- Die Verbriefung von Krediten (Securitization) und der Handel mit derivaten Wertpapieren ersetzt zunehmend das klassische Kreditgeschäft. Damit tritt der Kapitalmarkt an die Stelle des Bankkredits. Aber selbst für die Banken werden die Einnahmen aus dem sekundären Wertpapierhandel, aus Fusionen und Börsenplatzierungen zunehmend wichtiger als das Einlagen- und Kreditgeschäft. Dies führt zu Umstrukturierungen in der Finanzbranche selbst (Beckmann 2007, S. 10).

- Eng damit verknüpft ist der Wandel der *Akteure*. Waren dies früher Zentral- und Geschäftsbanken, Versicherungen und Unternehmer, die auf den Geld- und Kapitalmärkten Geld- und Wertpapiergeschäfte tätigten, so sind dies heute überwiegend institutionelle Anleger, Investmentfonds und -banken, Off-Shore-Banken, Hedge-Fonds<sup>17</sup>, Pensionsfonds sowie Rating-Agenturen, die hier agieren, enorme Vermögen einsetzen und diese (spekulativ) verwerten.<sup>18</sup>

- Für 2006 wird das von institutionellen Anlegern verwaltete Vermögen auf mehr als 55 Billionen US-Dollar geschätzt. In Deutschland stieg sein Umfang von 1990 bis 2001 von 599 Milliarden US-Dollar auf 1,47 Billionen US-Dollar an.<sup>19</sup>

- In den einzelnen Ländern verteilt sich das Vermögen sehr unterschiedlich auf die institutionellen Anleger: So entfällt in den USA der größte Teil des Vermögens auf Pensionsfonds, während in Deutschland, Frankreich und in Großbritannien rund 50 Prozent des Vermögens auf Versicherungen entfallen. Überall jedoch nimmt der Anteil der Investmentfonds rasch zu und steigt das Fondsvermögen überproportional an.<sup>20</sup>

- Dabei beschränkt sich die Rolle der institutionellen Anleger keineswegs auf Finanztransaktionen, sondern ihr Einfluss erstreckt sich auch auf die Politik. So geben sie global geltende Regeln für die Bonitätsbewertung von Staats- und Unternehmensanleihen vor, definieren internationale Corporate Governance Codes, beeinflussen mit ihrem Kauf- und Verkaufsverhalten die Wertentwicklung von Unternehmen und ganzen Branchen und unterstützen oder konterkarieren damit nicht unwesentlich die Wirtschaftspolitik.<sup>21</sup>

- Direkter Ausdruck des finanzkapitalistischen Umbaus der Gesellschaft ist die seit Ende der 1990er Jahre zu beobachtende *neue Investmentkultur*<sup>22</sup>, welche breite Kreise der Bevölkerung erfasst. Ebenso der sukzessive Umbau der Altersvorsorge in ein System privaten Kapitalsparens. In Deutschland verdoppelte sich im letzten Jahrzehnt die Zahl der Aktionäre und Fondsanteilseigner. 2007 waren es 10,3 Millionen, davon entfielen 8,7 Millionen auf die alten

16 Allein das Handelsvolumen der Zinsfutures lag 2001 bei 420 Billionen US-Dollar, der Bestand bemaß sich auf 9,1 Billionen US-Dollar. (Huffschnid 2002, S. 52, 59)

17 Das von Hedge-Fonds verwaltete Kapital hat sich in den letzten 6 Jahren verfünffacht. 2006 betrug es 1,6 Billionen US-Dollar (Wahl 2008, S. 5).

18 In den USA hielten die institutionellen Anleger 2005 Kapitalanlagen im Umfang von 26,5 Billionen US-Dollar, das ist weit mehr als der Gesamtumfang der nationalen Wertschöpfung (International Financial Services 2006, S. 4).

19 Insgesamt entfiel auf die Europäische Union ein Vermögensumfang der institutionellen Anleger von 15,6 Billionen US-Dollar (International Financial Services 2006, S. 4; DAI 2003, 8. 8).

20 In Deutschland stieg der Umfang des Fondsvermögens von 5 Mrd. Euro 1970 auf 129 Mrd. Euro 1990 an. Im Jahr 2000, im Zenit der Börseneuphorie und Begeisterung für den Neuen Markt, waren es 932 Mrd. Euro (BVI 2002, S. 64). 2003 waren in Fonds noch 822 Mrd. Euro angelegt (Beckmann 2007, S. 62 f.).

21 »Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten« (Breuer 2000).

22 Zur Aktienkultur bzw. -unkultur in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre: vgl. Strocjan 2002.

und 1,6 Millionen auf die neuen Länder. Rund 6,5 Prozent der Bevölkerung sind direkt in Aktien investiert, doppelt so viele in Fonds (vgl. Tabelle 1). Hinzu kommen rund eine halbe Million Besitzer von Zertifikaten.

Tabelle 1:  
**Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer in Deutschland (in 1000)**

	1988	1992	1996	1998	2000	2001	2002	2004	2007
Aktionäre	3.192	3.984	3.754	4.515	6.211	5.694	5.000	4.605	4.047
Fondsbesitzer				3.185	8.365	9.766	8.637	7.843	7.947
Gesamtzahl				6.789	11.828	12.853	11.549	10.504	10.317

Quelle: DAI-Factbook 08.3-Zahl-D, Stand: März 2008

23 Für die Berechnung dieser Relation wird in der Regel die Umlaufrendite inländischer Schuldverschreibungen (mit einer Restlaufzeit von mindestens fünf Jahren) zugrunde gelegt bzw. der Zinssatz für Dreimonatsgeld. Da es sich hierbei um nominale Größen handelt, ist für die Bestimmung realer Zinssätze jeweils die Inflationsrate in Abzug zu bringen. Dabei wird auf den Index der Verbraucherpreise zurückgegriffen, welcher laut Deutscher Bundesbank »eine gute Näherung an das gesamtwirtschaftliche Preisniveau« darstellt. Mithin gilt:  $r = i - Pe$  bzw. in Form der Fisher-Parität geschrieben:  $(1+i) = (1+r)(1+Pe)$ , wobei  $r$  für den realen und  $i$  für den nominalen Zins stehen und  $Pe$  für die erwartete Preissteigerungsrate (vgl. Deutsche Bundesbank 2001, S. 35 f.)

24 Dies gilt für die USA, wo 1981 die Kurve des Realzinses die Kurve der Veränderungsrate des realen BIP schneidet und dann bis 2003 einen ähnlichen Verlauf aufweist wie diese.

### *Relation von Realzins und Wachstumsrate*

Der zentrale Indikator für den finanzkapitalistischen Umbau der Wirtschaft ist das *Verhältnis von Realzins und Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP)*. Bis in die 1970er Jahre überstieg die jährliche Wachstumsrate des BIP in der Regel den realen Zinssatz auf den Geld- und Kapitalmärkten.<sup>23</sup> Seit Anfang der 1980er Jahre gilt dies nicht mehr: Nunmehr liegt das Zinsniveau gleichauf mit der Wachstumsrate<sup>24</sup> oder darüber. Die Differenz zwischen beiden Größen gilt gemeinhin als geeigneter Indikator für die nähere Bestimmung des Akkumulationsregimes. Eine Größenverschiebung beziehungsweise ein Wechsel des Vorzeichens lassen darauf schließen, dass sich hier eine gravierende Veränderung vollzogen hat.

Dies lässt sich empirisch gut zeigen: Stellt man den durchschnittlichen Realzins auf 10-jährige Staatsanleihen der durchschnittlichen realen Wachstumsrate des BIP gegenüber, so ergibt sich für die Jahre 1959 bis 1971 eine Differenz von -1,99. Dies bedeutet, dass die Zinsaufwendungen vollständig aus dem Zuwachs des BIP bestritten wurden und das Wirtschaftswachstum trotzdem noch hinreichte, um einen allgemeinen Wohlfahrtsanstieg zu ermöglichen. Für die Jahre 1972 bis 1981 beträgt die Differenz dagegen +0,69. Dies deutet auf einen Regimewechsel hin. Da diese Differenz in dieser Periode in anderen Ländern jedoch noch negativ war<sup>25</sup>, spricht einiges für einen geldpolitischen Alleingang Deutschlands während der 1970er Jahre, für ein »geldpolitisches Experiment« (von Hagen 1998, S. 439). Anfang der 1980er Jahre kommt es dann jedoch *weltweit* zu einer Umkehr der Relation: Zwischen 1982 und 2001 ist die Differenz zwischen Realzinsen und durchschnittlicher Wachstumsrate in allen kapitalistischen Ländern *positiv*. Diese Entwicklung setzt sich, wenn auch mit geringer werdender Signifikanz, bis zuletzt fort. In der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Differenz zwischen 1982 und 1991 +3,11, 1992 bis 2001 +2,76 und von 2002 bis 2007 +1,03.<sup>26</sup>

Der Wechsel des Vorzeichens (von - zu +) steht für den Übergang vom staatlich regulierten, fordistischen Kapitalismus zum liberalen

Finanzmarktkapitalismus.<sup>27</sup> Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass dieser Wechsel durch *zwei* Prozesse hervorgerufen wird: Zum einen durch das nachlassende Wirtschaftswachstum seit Mitte der 1970er Jahre. Und zum anderen durch den Anstieg des realen Zinsniveaus auf den Geld- und Kapitalmärkten, wofür weniger der Konjunkturverlauf und der periodische Zinszyklus als die Zins- und Wechselkursentwicklung an den internationalen Finanzmärkten und die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank ausschlaggebend war.

Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine drastische Anhebung des nominalen Zinsniveaus, wodurch auch die Realzinsen nach oben gezogen wurden. Mitte der 1970er Jahre aber fielen sie wieder, auf dem Kapitalmarkt bis auf einen historischen Tiefstand von nahe Null, auf dem Geldmarkt kurzzeitig sogar unter Null, um sich dann jedoch, nach 1980, oberhalb des langjährigen Durchschnitts zu stabilisieren (vgl. Deutsche Bundesbank 1991, S. 31 f.; 2001, S. 42 ff.). Seitdem scheint ein hohes Realzinsniveau für Deutschland ebenso typisch zu sein wie ein geringes Wirtschaftswachstum. Im Übrigen ist wegen der »zentralen Bedeutung« des Realzinses für die Konjunktur und das langfristige Wachstum die »Abweichung« des tatsächlichen vom neutralen Zins immer auch ein »Indikator für den Restriktionsgrad der Geldpolitik« (Deutsche Bundesbank 2001, S. 47).

Tabelle 2:

**Zinsentwicklung 1960 bis 2006 (in Prozent), Quartalsdaten**

	Kapitalmarkt*		Geldmarkt**		
	Nominal	Realzins		Nominal- zins	Real- zins
		ex ante	ex post		
1960:1- 1968:4	6,53	4,23	3,49	4,47	2,01
1969:1- 1978:2	8,15	3,86	3,17	6,91	2,14
1978:3- 1986:2	8,06	3,71	5,62	7,28	3,46
1986:3- 1994:1	7,13	5,12	4,51	6,93	4,58
1994:2- 2001:1	5,40	3,13	3,91	3,88	2,29
2001:1- 2006:4	3,97	-	2,34	2,90	1,27

\* Umlaufrendite inländischer Schuldverschreibungen (ab 1974 mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahren);

\*\* Dreimonatsgeld.

Zuletzt lag der Zins jedoch wieder deutlich unter der Wachstumsrate, wofür wirtschaftspolitische Eingriffe verantwortlich gemacht werden. Ein ähnliches Bild zeichnet sich für Japan ab. In einer Reihe von europäischen Ländern jedoch, in Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich, kommt es 1981/82 tatsächlich zu einer Umkehr der Relation, die bis 2004 anhält. Erst im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung klettert die Wachstumsrate wieder leicht über den Zinssatz (vgl. Flassbeck, Spiecker 2007, S. 179, 298 f.).

25 Vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 69; Altvater 2006, S. 121.

26 Sehr deutlich dokumentiert sich der Regimewechsel in den aggregierten Daten für die G-7-Staaten: Hier betrug die Differenz im Durchschnitt der Jahre 1946 bis 1958 -0,36, von 1959 bis 1971 -3,15 und von 1972 bis 1981 -2,87, von 1982 bis 1991 dagegen +2,30 und 1992 bis 2001 +2,13 (Deutscher Bundestag 2002, S. 69).

27 Vgl. hierzu Deutscher Bundestag 2002, S. 69 ff.; Beckmann 2007, S. 43 f.; Flassbeck, Spiecker 2007, S. 177 ff.

Ausschlaggebend ist, dass das Wirtschaftswachstum seit den 1970er Jahren offenbar nicht mehr ausreicht, um die Zinsforderungen, das heißt die Ansprüche des Geldkapitals, voll zu befriedigen. Es kommt daher zu strukturellen Verschiebungen bei den Primäreinkommen und zu einer kapitalmarktinduzierten Redistribution von Einkommen und Vermögen: Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigt, während der Anteil der Einkommen aus Arbeit sinkt. Dies ist verbunden mit einer beschleunigten Akkumulation von Geldkapital, auch in fiktiver Form, während die reale Investitionstätigkeit zurückgeht. Die Gewinndynamik von Finanzunternehmen übersteigt die Gewinne nichtfinanzieller Unternehmen (vgl. Bischoff 2006: 35 ff.). Dadurch wird ein *circulus viciosus* in Gang gesetzt, welcher zu sinkenden Investitionsquoten und niedrigen Wachstumsraten auf der einen Seite und einer unproduktiven Reichtumpolarisierung auf der anderen Seite führt. Im Extremfall kann dieser Prozess in eine Stagnations- und Deflationsspirale münden. Er ist aber auch Ergebnis konkreter Politik und kein objektives, zwingend eintretendes Gesetz. Es ginge also auch anders.

Analysiert man die dafür relevanten Daten, so kann man sich des Eindrucks eines bewusst herbeigeführten Trendwechsels Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre kaum entziehen. Zumal diese Entwicklung mit der Chronologie des Umbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft ziemlich exakt übereinstimmt. Elmar Altvater gibt einen Überblick, über welche Schritte und Maßnahmen die Zinsen Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre nach oben geschleust wurden (2006, S. 117 ff.). Eine ähnliche Analyse legten Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker 2007 vor.<sup>28</sup> Sie machen für die veränderte Relation von Realzins und Wirtschaftswachstum jedoch ausschließlich die neomonetaristische Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank verantwortlich, während meines Erachtens hierzu auch der nachhaltige Rückgang des Wirtschaftswachstums beiträgt.

Die Folgen finanzmarktkapitalistischer Entwicklung sind vielschichtig: *Zum einen* ergeben sich hieraus gegenüber der Zeit davor geringere Wachstumschancen, was vor allem aus der tendenziellen Verteuerung der Kredite und Investitionen resultiert. Die Umlaufrendite von Schuldverschreibungen entspricht ziemlich genau den Opportunitätskosten einer Finanzanlage oder realen Investition. Insofern sind die realen Zinsen in der Tat »von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Konjunktur und das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft«, wie selbst die Deutsche Bundesbank einräumt (2001, S. 47). *Zum anderen* führt die Stabilitätspolitik der Zentralbank tendenziell zu einer Aufwertung der Währung. Dadurch erhöht sich der Wert des Finanzvermögens, zugleich verschlechtern sich aber die Exportchancen und damit die Möglichkeiten wirtschaftlicher Expansion. Die in Deutschland praktizierte Strategie eines »Lohndumping« ist als direkte Reaktion hierauf zu werten. Denn sie kommt einer realen Abwertung gleich und sichert damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter den Bedingungen eines starken Euro. Der »Preis« dafür besteht jedoch im Zurückbleiben der Binnennachfrage, was sich bei nachlassender Auslandsnachfrage als konjunkturpolitische Bremse erweist.

28 »Seit 1980 lag der Realzins nie mehr spürbar geschweige denn längere Zeit unter der Wachstumsrate, vielmehr übertraf er sie von 1980 bis 1989 um durchschnittlich 1,8 Prozentpunkte und seit der deutschen Wiedervereinigung 1991 bis heute beträgt der Abstand immerhin 1,3 Prozentpunkte.« (Flassbeck, Spiecker 2007, S. 180).

Nicht zu übersehen ist auch, dass unter diesen Bedingungen die (privaten) Geldvermögen weit schneller wachsen als die Realwirtschaft und mit diesen die binnenwirtschaftlichen Schulden und der Kapitalexport. Da eine inflationäre Entwertung der Finanzvermögen und Schulden unter diesen Bedingungen kaum stattfindet, kommt es zu wachsenden Ungleichgewichten in der Volkswirtschaft. Die Geldvermögen wachsen, verstärkt durch den Zinseszinsseffekt, exponentiell, während die Schuldner real einen immer höheren Schuldendienst zu leisten haben. Dies hat beachtenswerte Redistribuitionseffekte zur Folge (vgl. Moewes 2004; Deutschmann 2002). Dabei stärken die hohen Realzinsen die Position der Vermögenden und lassen die spekulative Anlage von Geldkapital mitunter attraktiver erscheinen als eine Realinvestition. Dies gilt insbesondere für Banken und Finanzintermediäre, die mit fremdem Geld, mit Kundeneinlagen, auf internationalen Märkten spekulieren, weil ihnen dies eine höhere Rendite verspricht als das Kreditgeschäft in der heimischen Wirtschaft. Mitunter sind sie aber durch die Sparpolitik der Länder und Kommunen auch geradezu dazu gezwungen, auf fremden Märkten aktiv zu werden, um so den Ausfall der inländischen Kreditnachfrage auszugleichen.<sup>29</sup>

#### *Ambivalenz des Finanzmarktkapitalismus*

Im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus treffen wir auf eine Kräfte- und Interessenkonstellation, die eher auf *hohe* und stabile Realzinsen setzt als auf wirtschaftliche Dynamik. Gedeckt wird diese Prioritätensetzung durch die neomonetaristische Theorie, welche unter den wirtschaftspolitischen Zielen den Vorrang der Geldwertstabilität betont und diesen zum alleinigen Ziel der Geldpolitik erklärt. Dies stößt auf Kritik, vor allem bei jenen, die im Finanzmarktkapitalismus ohnehin nur eine Deformation der sozialstaatlich ausbalancierten Wachstums- und Wohlfahrtsgesellschaft der 1960er und 1970er Jahre erblicken, einen »Spekulations- und Kasinokapitalismus« (Hickel 2007; 2008), worin die monetäre Sphäre von der Realsphäre »entkoppelt« ist (Zinn 1997, S. 93), wo Hunderte Billionen US-Dollar und Euro als »vagabundierendes Kapital« auf der Suche nach einer renditeträchtigen Anlage um den Globus jagen (Bischoff 2006, S. 7) und der »Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment« (Huffs Schmid 2002, S. 38) vollzogen ist.

Demgegenüber sehen andere, weniger radikale Kritiker im Finanzkapital und seinem Verwertungsregime den sozioökonomischen Kern eines »neuen Kapitalismus«. Dieser unterscheidet sich qualitativ vom Produktions- und Akkumulationsregime fordistischer Prägung und trägt neben Deformationserscheinungen auch Züge einer neuen geldwirtschaftlichen Rationalität in sich (vgl. Aglietta 2000; Boyer, Durand 1997). In diesem Kontext erscheint der globale Charakter der Finanzmärkte nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance für eine globale Regulation der Weltwirtschaft. Ebenso bieten Finanzinnovationen die Möglichkeit, riesige Kapitalmassen zu mobilisieren und auf diese Weise globale Probleme zu lösen. Und die weltweite Streuung des Aktienbesitzes erlaubt eine neue Herangehensweise an das Eigentumsproblem (vgl. Rifkin 2007; Busch

29 Das früher in diesem Ausmaß kaum denkbare Engagement der Landesbanken auf spekulativen Märkten erklärt sich zumindest zu einem Teil aus dem Dilemma dieser Banken, über steigende Einlagen zu verfügen, für welche sie eine marktgerechte Rendite erwirtschaften müssen, infolge der Sparpolitik des Staates aber keine ausreichende Kreditnachfrage vorzufinden. Riskante Geschäfte im Ausland stellten hierfür vorübergehend eine Lösung dar. Die Subprimekrise offenbarte jedoch, welche Risiken und Verlustpotenziale hierin impliziert waren.

2003). Eine dritte Position würdigt besonders diese Momente und hofft darauf, die systemimmanenten Defekte des Finanzmarktkapitalismus durch Konventionen und institutionelle Arrangements wie Corporate Social Responsibility (vgl. hierzu Beyer, Hiss 2007) in den Griff zu bekommen.

Die Diskussion zwischen den Positionen dauert an. Gleichwohl markiert der Finanzmarktkapitalismus bereits heute eine neue Stufe in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Während immer größere Teile von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Markt- und Geldlogik bestimmt werden, bilden sich »Elemente eines nachfordistischen Produktionsmodells« (Dörre, Brinkmann 2005, S. 86), gelangen neue Formen der gesellschaftlichen Interaktion zum Durchbruch und verbinden sich individuelle Freiheit in der Arbeit und im Konsum auf neue Weise mit marktbestimmten und von Finanzkalkülen diktierten Zwängen. In der gegenüber früheren Formen des Kapitalismus zweifelsohne gewachsenen Rationalität und gestiegenen Effizienz des monetär gesteuerten und global organisierten Verwertungsprozesses einerseits und der Blindheit gegenüber langfristigen Lebensinteressen der Menschheit, gegenüber nachhaltigen Produktionszielen, sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung andererseits zeigt sich die *Ambivalenz* des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus. Die hierin zum Ausdruck kommenden Gefahren zu bannen und gleichzeitig die Chancen zu nutzen, ist die Aufgabe der Zukunft.

#### Literatur

- Abelshäuser, Werner 2005: Die Wirtschaft des deutschen Kaiserreichs: Ein Treibhaus nachindustrieller Institutionen, in: Windolf (Hrsg.), a. a. O., S. 172-195.
- Abelshäuser, Werner 2004: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München.
- Aglietta, Michel 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Albert, Michel 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a. M./New York.
- Altwater, Elmar 2006: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster.
- Baethge, Martin et al. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Erster Bericht, Wiesbaden 2005.
- Bagehot, Walter 1920: Das Herz der Weltwirtschaft. Die Lombarden-Straße, Essen.
- Beckmann, Martin 2007: Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie, Münster.
- Behrens, Fritz 1981: Grundriss der Geschichte der Politischen Ökonomie. Die Politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik, Berlin.
- Beyer, Jürgen; Hiß, Stefanie (Hrsg.) 2007: Aktionärsinteresse versus soziale Verantwortung, in: Berliner Debatte Initial (18) 4-5 2007, S. 3-82.
- Bischoff, Joachim 2006: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF): Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: Monatsbericht April 2002, S. 47-65.
- Bundesverband Deutscher Investmentbanken (BVI) 1998: Jahresbericht 1998, Frankfurt a. M.
- Busch, Ulrich 2003: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: UTOPIE kreativ 155, S. 830-840.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) 1998: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München.
- Deutsche Bundesbank 1994: Geldpolitische Implikationen der zunehmenden Verwendung derivativer Finanzinstrumente, in: Monatsbericht November.
- Deutsche Bundesbank 2001: Realzinsen: Entwicklung und Determinanten, in: Monatsbericht Juli, S. 33-50.
- Deutsches Aktieninstitut (DAI) (2003) 2008: Factbook, Frankfurt a. M.
- Deutscher Bundestag 2002: Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Abschlussbericht, Berlin.
- Deutschmann, Christoph (Hrsg.) 2002: Die gesellschaftliche Macht des Geldes. Leviathan, Sonderheft 21, Wiesbaden.
- Deutschmann, Christoph 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise, in: Windolf, Paul (Hrsg.), a. a. O., S. 58-84.
- Deutschmann, Christoph 2006: Keynes und die Rentiers, in: Berliner Debatte Initial (17) 4/2006, S. 22-36.
- Dörre, Klaus; Brinkmann, Ulrich 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells?, in: Windolf (Hrsg.), a. a. O., S. 85-116.
- European Central Bank (ECB) 2001: The European Equity Market, Frankfurt a. M.
- Fiehler, Fritz 2000: Die Gesellschaft der Vermögensbesitzer, Hamburg.

- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike 2007: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt/M.
- Hagen, Jürgen von 1998: Geldpolitik auf neuen Wegen (1971-1978), in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), a. a. O., S. 439-473.
- Hall, Peter; Soskice, David 2001: Varieties of Capitalism, Oxford.
- Heine, Michael; Herr, Hansjörg 1996: Money Makes the World Go Round. Über die Verselbständigung der Geldsphäre und andere Mißverständnisse, in: Prokla (103), 2/1996, S. 197-225.
- Hickel, Rudolf 2007: Die Krise des Spekulationskapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (10) 2007, S. 1157-1161.
- Hickel, Rudolf 2008: Keynes und der Kasinokapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (5) 2007, S. 105-107.
- Hilferding, Rudolf 1915: Arbeitsgemeinschaft der Klassen?, in: Der Kampf 8, S. 321-329.
- Hilferding, Rudolf 1955: Das Finanzkapital, Berlin.
- International Financial Services 2006: Financial Market Trends, Europe vs. US 2006, October.
- Kaufmann, Stephan 2008: Ein Geschenk an die Finanzmärkte, in: Berliner Zeitung, 1.2.
- Kuczynski, Jürgen 1965: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 26, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen 1975: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin.
- Kühl, Stefan 2003: Exit. Wie Risikokapital die Regeln der Wirtschaft verändert, Frankfurt a. M.
- Lenin, W. I. 1981: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin, S. 189-309.
- Marx, Karl 1969: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Band 23, Berlin
- Marx, Karl 1970: Das Kapital. Dritter Band, in: Marx/Engels: Werke, Band 25, Berlin.
- Marx, Karl 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels: Werke, Band 42, Berlin.
- Moewes, Günther 2004: Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern, Wien, München.
- Sinn, Hans-Werner 2008: Wenn Banken mit Zitronen handeln, in: Börsen-Zeitung vom 26.4.
- Sombart, Werner 1916: Der moderne Kapitalismus, 1.-3. Bd, München und Leipzig.
- Sommer, Rainer 2008: IWF: Subprimekrise kostet 945 Milliarden Dollar, [www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel](http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel), 17. 4. 2008.
- Stroczan, Katharine 2002: Der schlafende DAX oder das Behagen in der Unkultur, Berlin.
- Wahl, Peter 2008: Finanzmärkte als Entwicklungshemmnis, Manuskript 25.1. (online-Publikation).
- Weber, Axel 2008 a: Aktuelle Finanzmarktfragen, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 15 vom 9. 4., S. 3-5.
- Weber, Axel 2008 b: Die Subprime-Krise. Ursachen und Folgen für das Kreditwesen, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 18 vom 29. 4., S. 3-6.
- Weber, Max 1920: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen, S. 17-206.
- Windolf, Paul 2005: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, in: Ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 20-57.
- Windolf, Paul (Hrsg.) 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, Wiesbaden.
- Zinn, Karl-Georg 1997: Jenseits der Marktmythen, Hamburg.